

POLIZEI REPORT

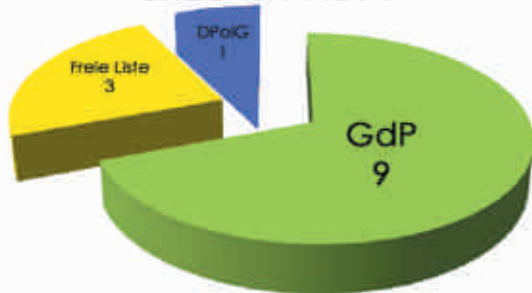
G 6825

ISSN 0937-535 X

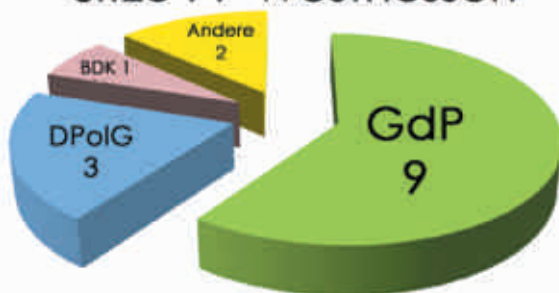
Nr. 109 · Juni 2012



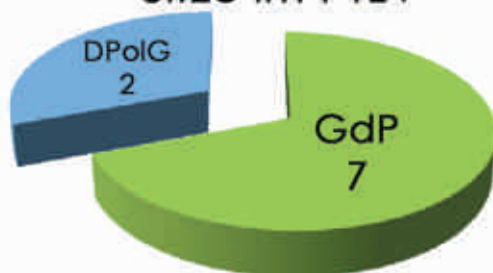
Sitze im HBPP



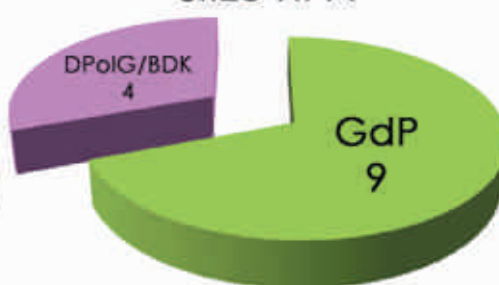
Sitze PP Westhessen



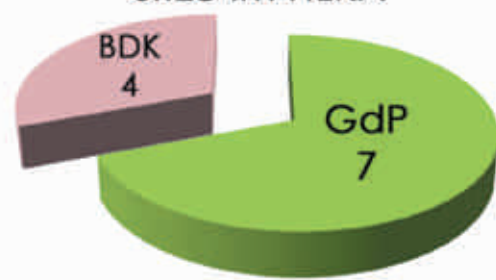
Sitze im PTLV



Sitze HPA



Sitze im HLKA



Personalratswahlen 2012 Stärke hat Stimme!

Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden Hessen und
Hessische Bereitschaftspolizei in der Gewerkschaft der Polizei, Polizei-Sozialhilfe Hessen e.V.
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



Peter Wittig



Ralf Humpf



LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

In der zweiten gemeinsamen Ausgabe unseres Polizei Reports berichten wir schwerpunktmäßig über die zurückliegenden Personalratswahlen, die hessenweit vom 21. – 25. Mai durchgeführt wurden. Den Wählerinnen und Wählern gilt unser besonderer Dank, denn die GdP hat es wieder geschafft, in allen elf Behörden und im Hauptpersonalrat die Mehrheiten zu erringen.

Natürlich können Personalratswahlen nicht geordnet stattfinden, wenn es die fleißigen und sachverständigen Wahlvorstände nicht geben würde. Ihnen gehört unser besonderer Dank, denn sie haben dafür gesorgt, dass die Wahlen reibungslos abgelaufen sind.

Kein Geheimnis ist die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Personalratswahlen ähnlich schwach war wie vor vier Jahren. Knapp 50 Prozent der Wahlberechtigten haben landesweit im Schnitt ihre Stimme abgegeben.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung unseres Polizei Reports konstituieren sich die örtlichen Personalräte und der Hauptpersonalrat.

Die Einsatzmaßnahmen rund um die „Blockupy – Demo“ in Frankfurt am Main haben über 5000 Kolleginnen und Kollegen aus nahezu allen Bundesländern und der Bundespolizei fast eine Woche in Atem gehalten. Die GdP war an allen Tagen mit vielen Helferinnen und Helfern präsent und hat sich um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen vor Ort geküm-

POLIZEI REPORT

mert. Ein besonderer Dank gilt insbesondere unseren Pensionären, die tatkräftig mit dabei waren!

Sicherlich haben dies viele unserer Beschäftigten wohlwollend registriert.

Nach der ersten Ausgabe des gemeinsamen Polizei Reports haben uns viele Zuschriften erreicht, die uns in unserer Entscheidung bekräftigt haben, einen Polizei Report, bestehend aus drei Bezirksgrup-

pen, herauszubringen. Auch das „neue Outfit“ unserer Mitgliederzeitschrift ist angekommen, denn der Farbdruck ist in der heutigen Zeit in der Medienlandschaft „fester Standard“.

Wir wünschen euch allen mit Blick auf die anstehenden Sommerferien hoffentlich erholsame Wochen im Kreise eurer Familien. (MJ)

PR-Wahlen in Westhessen	4
PR-Wahlen bei der Bereitschaftspolizei	5
PR-Wahlen beim HLKA und der HPA	7
PR-Wahlen beim PTLV	9
Einsatzbetreuung „Blockupy“	9
3. Verkehrsforum der GdP in Potsdam	11
Aus den Kreisgruppen	17
Seniorenausflug	19
Der Lotse geht von Bord	21
Digitalfunk	23
Europaviertelfest	23
Ruhestandsversetzung Roland Kramer	25
Ausbildung zum Einsatzkoch	27
Ruhestand Jürgen Stumm	29
Nachruf Ute Heyer	31
Rechtliche Infos	31
Aus dem Gerichtssaal	33
Aufstand der Ordnungshüter	34
Doppelkopfturnier	37
Ruhestand Willi Lentge	39
Schlusspunkt	41
Lösungen zum Schlusspunkt	42

+

1

a

u

u

1

GDP IM PP WESTHESSEN WIEDER STÄRKSTE KRAFT

WIR BEDANKEN UNS BEI ALLEN WÄHLERN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG UND DAS VERTRAUEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Personalratswahlen 2012 sind gelaufen und wir können euch an dieser Stelle die ersten Infos geben.

Auf der Homepage der GdP könnt ihr in den kommenden Tagen die gesamten Ergebnisse abrufen.

Um es vorweg zu nehmen, wir dürfen feststellen, dass wir in der Summe als Gewinner aus dieser Wahl hervor gehen.

Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir von insgesamt 15 Sitzen 9 erreicht und stellen damit die klare Mehrheit.

In der Gruppe der Beamtinnen und Beamten wurden 1034 gültige Stimmen abgegeben, davon entfielen 603 Stimmen auf die GdP. Dies entspricht einem Anteil von knapp 59 Prozent.

Im Bereich der Arbeitnehmer entfielen bei 140 gültigen Stimmen 99 auf die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP, was einem Anteil von über 70 Prozent entspricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein deutlicher Erfolg und Auftrag für uns, die Wahrnehmung eurer Interessen auch in den kommenden vier Jahren voran zu treiben.

Die Zahlen sprechen also für sich und die Mehrheitsverhältnisse im westhessischen Personalrat sind klar.

Ich möchte einen besonderen Dank an die GdP-Wähler im Bereich des Hochtaunuskreises richten. Und ich spreche hier die echten Stimmen für die GdP an, denn es gibt nur Eine.

ENTSOLIDARISIERUNG IST DER FALSCHER WEG – DER PERSONALRAT IST FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN ZUSTÄNDIG

Wenn unsere echten GdP-Mitglieder es im Hochtaunus geschafft haben, durch ihre Stimmen die Mehrheitsverhältnisse zwischen Blau und Grün so zu drehen, dass es nun bei den Normalwählern eine GdP-Mehrheit gibt, dann befriedigt dies schon.

Auch die vollkommene Ignoranz der GdP-Funktionäre im Wahlkampf hat doch bei vielen nicht zum erhofften Erfolg geführt.

Trotz einer doch selbstverständlichen Zusicherung, für die GdP wie in allen anderen Bereichen auch mit dem organisierten Material und Plakaten zu werben, hat dies überhaupt nicht stattgefunden.

Wie war doch der Wahlspruch einer konkurrierenden Zusammenkunft?

Wir überschreiten Grenzen!

Und genau dies spiegelt die Einstellung einiger Gewerkschaftsfunktionäre wider. Ja, sie haben Grenzen überschritten.

Was lernen wir daraus? In Zukunft noch mehr Stärke in unsere GdP zu investieren, denn es lohnt sich.

Die Herausforderung ist eine noch größere geworden und wir nehmen diese auch gerne an.

Unter dem Strich steht aber eines unabdingbar:

ES GIBT NUR EINE GdP –



der sachlichen Auseinandersetzung gehen wir also auch nicht aus dem Weg.

Nur einen gravierenden Unterschied gibt es. Die Kandidatinnen und Kandidaten der richtigen GdP setzen sich für alle Beschäftigten des PP Westhessen ein, und legen nicht ihren Fokus in einen regionalen Bereich.

DIE NEUEN PERSONALRATSMITGLIEDER DER GDP WESTHESSEN

Beamtinnen:

Melanie Schwirtlich, PAST Wiesbaden
Simone Sieger, PD Main-Taunus

Beamte:

Lothar Hölzgen, PD Limburg-Weilburg
Peter Wittig, PAST Wiesbaden
Jürgen Aschenbrenner, PD Main-Taunus
Michael Wenzek, PD Wiesbaden
Eckhard Gentzsch, PD Rheingau-Taunus

Angestellte:

Beate Gretzschel, PD Main-Taunus
Rudi Blum, PP, ZK 42

WAHLERGEBNISSE REGIONAL

	GdP-Stimmen Beamte	GdP- Anteil	GdP-Stimmen Arbeitnehmer	GdP- Anteil	Gesamt
Präsidium	71	44,65%	41	66,13%	55,39%
1. Revier	32	71,11%	1	100%	85,55%
2/4/5. Revier	56	90,32%	4	100%	95,16%
3. Revier	36	78,26%	1	33,33%	55,79%
Calvinstraße	13	68,42%	4	80,00%	74,21%
HTK	31	13,78%	7	35,00%	24,39%
Limburg	62	52,54%	16	88,89%	70,71%
Weilburg	23	82,14%	4	100%	91,07%
Main-Taunus	142	85,03%	13	92,86%	88,94%
Rüd./Elville	44	89,80%	2	100%	94,90%
SWA/Idstein	37	80,43%	2	66,67%	73,55%
PAST	56	80,00%	4	100%	90,00%

Glück auf
Peter Wittig

DIE BESCHÄFTIGTEN HABEN AUCH BEI DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI GEWÄHLT

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Nachdem bei den zurückliegenden Personalratswahlen 2008 die landesweite Wahlbeteiligung um knapp 50 Prozent lag, war es in diesem Jahr leider auch nicht besser mit der Wahlbeteiligung bei den hessischen Polizeibeschäftigten.

Woran es lag, kann in diesem Artikel nicht eindeutig beschrieben werden.

BLITZLICHT DER PROZENTUALEN WAHLBETEILIGUNG IN DEN ABTEILUNGEN / ORGANISATIONSEINHEITEN:

- Polizeihubschrauberstaffel: 70,2 %
- Bereitschaftspolizeipräsidium: 65 %
- Wasserschutzpolizeiabteilung: 62,5 %
- I. BPA: 53 %
- II. BPA: 48,9 %
- IV. BPA: 38,5 %
- III. BPA: 34,8 %
- Polizeireiterstaffel: 35 %

Bei den Personalratswahlen 2008 hatte die Bereitschaftspolizei eine Wahlbeteiligung von rund 28 %. Zur Erinnerung: damals waren noch die Studierenden der Verwaltungsfachhochschule Angehörige der Bereitschaftspolizei. Diese wurden im Berichtszeitraum bekanntlich zur Polizeiakademie versetzt. Damit einhergehend hat sich auch die Anzahl der Sitze im neu zu wählenden Personalrat von 17 Sitzen auf 13 Sitze reduziert, weil die Anzahl der Beschäftigten reduziert wurde.

2012 lag die Wahlbeteiligung bei der Bereitschaftspolizei bei 42 %. Urnenwahl erfolgte am Standort I. BPA, auch für die Angehörigen der Wasserschutzpolizei am Standort Wiesbaden. Für alle anderen Beschäftigten der Bereitschaftspolizei war also Briefwahl angeordnet.

Die Liste 1, Gewerkschaft der Polizei, errang insgesamt 9 Sitze, acht davon bei den Beamtinnen und Beamten und einen bei den Arbeitnehmern. Die Freie Liste Weber errang zwei Beamtensitze, die Liste Groschwitz errang einen Beamtensitz. Die DPoIG kandidierte ausschließlich bei den Arbeitnehmern und errang dort ebenfalls einen Sitz.

Wenn man die Stimmenanteile der kandidierenden Freien Listen anschaut, wird deutlich, dass die neue Freie Liste Groschwitz, im Übrigen kandidiert dort nur ein Kollege, durch das

Hare-Niemeyer Verfahren begünstigt wurde und knapp in den neuen Personalrat eingezogen ist.

Die Freie Liste Weber hatte dagegen mit 118 Stimmen bei den Gruppen guten Zuspruch. Beide Freie Listen verfügen über keine Stufenvertretung. Das bedeutet, dass im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei nur die Gewerkschaften kandidiert haben. Liste 1 war die GdP, Liste 2 die DPoIG und Liste 3 der BDK.

Legt man die Gesamtstimmenanzahl für die Liste 1 (GdP) bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der hess. Polizei zu Grunde, wird deutlich, dass wir noch mal im Vergleich zum örtlichen Ergebnis 418 Stimmen insgesamt für die Liste 1 zulegen konnten. Hier errangen wir als Liste 1 insgesamt 480 Stimmen. Dies lässt die Vermutung zu, dass auch die Wählerinnen und Wähler der Freien Listen die meiste Zustimmung der Liste 1 (GdP) geben.

Der neu gewählte örtliche Personalrat bei der Bereitschaftspolizei konstituiert sich am 6. Juni 2012. Aus seiner Mitte wird er dann einen neuen Vorsitzenden wählen. Insgesamt sind 13 Personalratsmitglieder gewählt, davon 11 Beamtinnen und Beamte (2 Frauen / 9 Männer) und 2 Vertreterinnen und Vertreter bei den Arbeitnehmern, ein Mann und eine Frau.

WAHLERGEBNIS HAUPTPERSONALRAT:

Liste 1 GdP	Liste 2 DPoIG	Liste 3 BDK
Jens Mohrherr (HBP)	Heini Schmitt (PP SH)	Dieter Stein (PP FfM)
Heike Monk (PP MH)	Andrea Holl (PP SH)	Bettina Bathke (HLKA)
Jörg Bruchmüller (PP NH)	Uwe Rettich (PP WH)	
Ralf Humpf (HLKA)	Bettina Nier* (PP FfM)	
Peter Wittig (PP WH)		
Ewald Gerk (PP OH)		
Michael Schweikert (PP SH)		
Jörg Schumacher (PP SOH)		
Wolfgang Link (PP FfM)		
Mananne Diefenthaler* (PP FfM)		
Bernd Petri* (PTLV)		
* Arbeitnehmer	* Arbeitnehmer	

Am 11. Juni 2012 konstituiert sich der Hauptpersonalrat der Polizei. Auch hier wird ein neuer Vorsitzender zu wählen sein. Dem künftigen Hauptpersonalrat der hessischen Polizei gehören 17 Mitglieder an, davon 14 Vertreterinnen und Vertreter der Beamtinnen und Beamten (11 Männer / 3 Frauen) sowie 3 Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer (2 Frauen / 1 Mann). Die Gewerkschaft der Polizei ist erneut die stärkste Liste und stellt insgesamt 11 Mitglieder im neuen HPR.

In allen Personalräten bei der hessischen Polizei, bei allen elf Personalräten, stellt die Gewerkschaft der Polizei die Mehrheiten. Dies lässt abschließend die Feststellung zu, dass die Kolleginnen und Kollegen bei der hessischen Polizei den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft der Polizei das meiste zutrauen!

Über den weiteren Fortgang werden wir berichten.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Sie werden wie gewohnt mit den anderen im neuen Personalrat gewählten Kolleginnen und Kollegen konstruktiv zusammenarbeiten. (MJ)

WAHLERGEBNIS BEREITSCHAFTSPOLIZEI:

Liste 1 GdP	Freie Liste Weber	Freie Liste Groschwitz	Liste 2 DPoIG
Valentin Müller (I. BPA)	Holger Weber (II. BPA)	Gino Groschwitz (III. BPA)	Alfred Herr* (LPO)
Sandra Temmen (I. BPA)	Peter Lohaus (I. BPA)		
Detlef Otto (III. BPA)			
Nicole Holz (WSP)			
Hendrick Steinack (WSP)			
Marco Freisenhausen (IV. BPA)			
Peter Tilger (II. BPA)			
Jens Mohrherr (BPP)			
Ramona Stein* (PHuSt)			
* Arbeitnehmer			* Arbeitnehmer

PERSONALRATSWAHLEN 2012 IM HLKA

Hessenweit wurden in der 21. Kalenderwoche die Personalratswahlen durchgeführt.

So waren im HLKA 800 Beschäftigte zu den örtlichen Wahlen am 22. und 23. Mai 2012 aufgerufen.

Die Wahlbeteiligung lag mit insgesamt rund 51% weit hinter den Erwartungen aller Berufsvertretungen. Während im Bereich der Arbeitnehmer die Wahlbeteiligung bei rund 59% lag, erreichte der Beamtenbereich lediglich 46%.

Um es an dieser Stelle deutlich zu sagen: Es wäre zu einfach, die allgemein vorherrschende politische Wahlverdrossenheit und -müdigkeit als Grund für die geringe Wahlbeteiligung ins Feld zu führen!

Nein, es ist wichtig, die Gründe zu erkennen und an einer Verbesserung zu arbeiten, denn hier haben für die nächste Wahl noch erheblichen Handlungs- bzw. Nachbesserungsbedarf.

Die GdP war in beiden Beschäftigtengruppen (Beamte und Arbeitnehmer) angetreten. Der BdK stellte nach 2008 abermals auch im Bereich der Arbeitnehmer eine eigene Liste auf. Gemäß der Wahlordnung wurden also in beiden Bereichen keine Persönlichkeitswahlen sondern Listenwahlen durchgeführt.

Auch wenn ausweislich des Wahlergebnisses die GdP im HLKA weiterhin das Gros der 11 Personalratsmitglieder stellt, vier für die Gruppe der Beamten und drei für die Gruppe der Arbeitnehmer, gegenüber dem BdK mit drei Mandaten für den Beamtenbereich und erstmals einem Mandat für die Gruppe der Arbeitnehmer, ist dies nicht befriedigend.

Betrug nämlich der Stimmenanteil der GdP im Bereich der Arbeitnehmer 152, so waren für den BdK hier lediglich 22 Stimmen zu konstatieren. Obwohl diese hohe Differenz besteht, konnte der BdK dank des sogenannten Hare Niemayer's-Auszählverfahren einen Sitz für sich beanspruchen.

Das künftige Personalratsgremium besteht daher in der Reihenfolge der Listenplätze bei den Arbeitnehmern der GdP aus Doris Hämmerle, Michaela Petersen und Heinz Schiskowsky. Aus der Beamtenliste der GdP ergibt sich die personelle Konstellation mit Ralf Humpf, Marina Kranz-Singer, Matthias Lange und Dieter Schleicher.

In der konstituierenden Sitzung des Personalrats am 30.05.2012 wurde als Vorsitzender erneut Ralf Humpf und als stellvertretender Vorsitzender Heinz Schiskowsky gewählt.

Die Personalratswahl verlief Dank der guten Vorarbeit des Wahlvorstands reibungslos und ohne Zwischenfälle. Dafür danken wir den Kolleginnen und Kollegen des Wahlvorstands Sabine Schloßke, Horst Schleicher, Alfred Müller und Carmen Lanz (alle GdP) sowie Uwe Steiger und Thorsten Zumpe (beide BdK). ■

PERSONALRATSWAHLEN 2012 IN DER HPA

72 PROZENT FÜR DIE GdP AN DER HPA

Für die HPA waren es die ersten Wahlen, seit die HPA Einstellungsbehörde ist. Da die HPS 2008 noch eine Wahlbeteiligung von ca. 67% hatte, war das Wahlverhalten der Anwärtinnen und Anwärter noch eine ungewisse Größe. Trotz intensiver Hinweise durch Gewerkschaften, Personalrat, Wahlvorstand der HPA und die Dozenten und Studienortleiter der HfPV gingen nur 12,3 % der Studierenden zur Wahl. In der Vergangenheit lag die Beteiligung der Studierenden allerdings auch mal unter 10%, so dass hier schon eine kleine Steigerung erfolgte. Außerdem hat sich die Wahlbeteiligung beim Stammpersonal auf erfreuliche 71% erhöht, so dass sich eine Gesamtbeteiligung von 21,8 % ergibt.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen haben 72% für die GdP gestimmt.

Hier sind die Prozentwerte im Beamten- und Beschäftigtenbereich annähernd gleich.

Der Personalrat, der von 9 auf 13 Sitze vergrößert wird, erfährt im Beamtenbereich mehr als eine Verdopplung, da von ehemals 5 Beamtensitzen auf 11 Sitze erweitert wird. Dagegen wird der Bereich der Tarifbeschäftigten von 4 auf 2 Sitze verkleinert. Das ist der Tribut an die Einstellungsbehörde.

Von den 11 Beamtensitzen konnte die GdP 8 Sitze erringen. Die übrigen 3 fallen an die gemeinsame Liste von DPoIG und BdK.

Bei den beiden Sitzen im Tarifbereich konnte Marika Hertling den Sitz für die GdP beanspruchen. Der zweite Sitz fällt an die DPoIG/BdK-Liste.

IM NEUEN PERSONALRAT DER HPA SIND NUN FOLGENDE GdP-MITGLIEDER:

Jörg Ehlig, Jeanette Hahm, Jörg Thumann, Nadja Ramachers, Gottfried Göritz, Volker Weyershäuser, Jürgen Metternich, Peter Schiffler, und Marika Hertling.

In der konstituierenden Sitzung am 01.06. wurde Jörg Ehlig, der das Amt des Personalratsvorsitzenden bereits seit September 2007 inne hatte, wiedergewählt.

Der neue Personalrat wird sich in bewährter Weise für die Rechte aller Studierenden und des Stammpersonals an der HPA einsetzen. ■

PERSONALRATSWAHLEN 2012 IM PTLV

Zunächst einmal möchte ich mich bei allen GdP-Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen und die damit verbundene Bestätigung unserer Arbeit bedanken.

Nachdem wir in den letzten zwei Wahlperioden die Sitze im Personalrat des PTLV durch Persönlichkeitswahl verteilt haben, wurde diesmal durch Listenwahl entschieden.

Wobei das Wort Listenwahl für mich einen faden Beigeschmack bekommt, wenn eine Liste der DPoIG zugelassen werden muss, auf der jeweils nur ein Kandidat erscheint. Dass durch eine solche Liste der Personalrat in seiner Besetzung geschwächt wird, dürfte jedem klar sein.

Sollte einer der beiden PR-Mitglieder an einer Sitzung nicht teilnehmen können, gibt es dafür keinen Ersatzmann.

Es hat sich auch gezeigt, dass das von der jetzigen Landesregierung auferlegte Auszählungsverfahren nach Hare-Niemeyer nur einen Zweck hat: Minderheiten in den Personalrat zu bringen, koste es was es wolle.

HIER NOCH MAL DIE STIMMVERTEILUNG IM EINZELNEN:

Gruppe	GdP	DPoIG
Beamte	91	28
Arbeitnehmer	99	22
Verteilung der Sitze:		
Beamte	4	1
Arbeitnehmer	3	1

FÜR DIE GdP SIND IN DEN PERSONALRAT GEWÄHLT:

Beamte: Sandrina Maus, Stefan Rücker, Thomas Albie, Mark Weber

Arbeitnehmer: Katrin Kuhl, Ingrid Spruck, Bernd Petri

Die Wahlbeteiligung im PTLV lag bei 62,9 %. Das ist im Vergleich zum landesweiten Trend (47,5 %) ganz ansehnlich, jedoch aus meiner Sicht verbesserungswürdig. Auch im direkten Vergleich zur Personalratswahl 2008 (60,5 %) haben wir die Wahlbeteiligung steigern können, wenn man berücksichtigt, dass in diesem Jahr ca. 20 Wahlberechtigte mehr zur Urne gerufen wurden. (Bernd Petri) ■

Einsatzbetreuung der GdP bei Blockupy

Ein Team. Ein Kurs.



„DAS BESTE AM EINSATZ WAR DAS EIS UND DER KAFFEE DER GDP“

GdP-KONZEPT ZUR BETREUUNG DER KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN GING VOLL AUF

Dass die GdP Hessen bei der Betreuung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bei Großlagen unschlagbar ist, hat sich wieder einmal in den Tagen vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt gezeigt.

Blockupy 2012, das war das Stichwort, mit dem viele Organisationen zu einer Protestwelle über vier Tage aufgerufen hatten.

Die Erfahrungen des 31. März 2012, an dem die M31-Aktionen in Frankfurt liefen und einer unserer Kollegen schwer ver-

letzt wurde, haben alle Alarmglocken läuten lassen. Ein immenses Aufgebot an Einsatzkräften aus vielen Bundesländern war die Folge der polizeilichen Lagebeurteilung.

Natürlich hat dies auch die GdP Hessen dazu veranlasst, über alle vier Tage für eine Betreuung zu sorgen.

20 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bereich des Landesbezirks Hessen standen zur Verfügung, und es wurde eine Art Schichtbetrieb auf die Einsatztage verteilt, eingerichtet.

Wie es viele von euch gewohnt sind, haben wir auch bei dieser Einsatzlage auf unsere bewährte Ausgabe von Langnese-Eis in allen Variationen zurück gegriffen.

7000 PORTIONEN EIS, SCHAUMKÜSSE UND 2400 FRISCHE LAVAZZA-KAFFEE VERTEILT

7000 Portionen Eis konnten so an den beiden Basisstationen Polizeipräsidium und Messegelände verteilt werden.

Auch Schaumküsse fanden bei den Kolleginnen und Kollegen reges Interesse.

Eine völlig neue Art der Betreuungsmaßnahmen stand aber mit dem Angebot von frisch gemahlenem Kaffee im Fokus.

Eine angehende Kooperation mit der Firma Editho aus Offenbach versetzte uns in die Lage, an den Basisstationen der GdP vier Kaffeeautomaten und automatische Milchaufschäumer in Betrieb zu setzen.

Frisch gemahlener Lavazza-Kaffee in den Variationen Latte Macchiato, Espresso und Milchkaffee fanden reißenden Absatz.

Insgesamt verbuchten wir am Ende 2400 ausgegebene Portionen Kaffee.

Dies war das Highlight der Einsatzbetreuung der GdP während der Einsatzlage.

„Das Beste an diesem Einsatz war der frische Kaffee der GdP“, so das Resümee eines Einheitsführers aus Sachsen auf das Angebot der GdP.

ERST DAS BLAUE VOM HIMMEL VERSPRECHEN, DANN DIE BELEIDISCHE LEBBERWORSCHT SPIELEN

Eine kleine Randbemerkung darf an dieser Stelle auch an die Adresse einer anderen Gewerkschaft gestattet sein:

Wenn man nicht in der Lage ist, oder aber auch die professionelle Organisation einer Einsatzbetreuung nicht hinbekommt, so ist es Zeichen eines Verlierers, wenn man das GdP-Angebot nicht dulden möchte.

Das Aufstellen eines Sonnenschirms mit ein paar textlichen Infos hat die Kolleginnen und Kollegen doch weniger interessiert.

Dass man dann aber noch den schlechten Verlierer zeigen muss, in dem man sich bei der Polizeiführung über eine aufgehängte GdP-Fahne an unseren Ständen beschwert, zeigt die völlig fehlgeleitete Einstellung der beiden Vertreter während der Einsatztage.

Die GdP war anwesend, um alle eingesetzten Kräfte zu betreuen, also auch Menschen mit anderer gewerkschaftlicher Heimat.

Wenn man aber vor dem Einsatz vollmundig ankündigt, eine Rundum-Betreuung zu organisieren, dies dann nicht schafft oder will, sollte man die Fairness besitzen, das Andere zu akzeptieren. Viele Kolleginnen und Kollegen haben dies registriert, verlasst euch darauf.

Man darf den Menschen halt nicht das Blaue vom Himmel versprechen, wenn es nicht gehalten werden kann.

Die an den Tag gelegten Reaktionen sind die einer Gewerkschaft nicht würdig und zeugen eher von einer, auf hessisch gesagt, „beleidigten Leberworscht“.

Bis zum nächsten Einsatz, wir sind für euch dabei!

Eure GdP

Euer Peter Wittig

HEINZ PULT FEIERT SEINEN 88. GEBURTSTAG

FEIER IM KREISE SEINER GdP-FREUNDE



Heinz Pult mit „seinen Mädchen“ von der Geschäftsstelle

Es ist ein Datum, das in vielen Terminkalendern eine Bank ist und dementsprechend alle anderen Dinge hinten an stehen lässt.

09. März – der Geburtstag von Heinz Pult, eine Institution in der hessischen GdP und seit August 1949 Gewerkschaftsmitglied.

Nun stand sein 88. Geburtstag an und er lud wieder viele seiner Weggefährten aus dem Kreise seiner Familie, der Politik, viele Freunde und natürlich auch seine GdP ein. Im Grünen Baum in Wiesbaden-Schierstein war wie immer alles exzellent vorbereitet. Ein Buffet, das keine Wünsche übrig ließ, und auch das gute Wetter waren vorbestellt.

Im 63. Jahr seiner Gewerkschaftszugehörigkeit gab es natürlich wieder jede Menge Geschichten aus den Zeiten, in denen Heinz einer der führenden Funktionäre im Landesbezirk Hessen war.

Aber auch heute noch ist er sehr tief der aktuellen Tagespolitik seiner GdP verbunden und immer bereit, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn es gilt, sich gute Ratschläge zu holen.

Seit vielen Jahren lege ich sehr viel Wert auf seine Tipps und Hinweise, die mir in vielen Situationen hilfreich zur Seite standen.

Dass er auch noch regelmäßigen Kontakt zur Geschäftsstelle nach Wiesbaden pflegt, so verriet uns Heinz auch dieses Jahr wieder, liegt unter anderem auch an „seinen Mädchen“ aus der Wilhelmstraße.

Sie sind auf der Gästeliste ganz oben, wenn es um die Einladungen zu seinen Geburtstagsfeiern geht.

Und so folgten sie alle am 09. März 2012 der Einladung nach Schierstein, worüber sich Heinz sehr freute.

Traditionell begrüßte er alle seine Gäste am Eingang zum Lokal und die Freude in seinen Augen konnte man auch dieses Jahr wieder funkeln sehen.

Es war ein wunderschöner Geburtstag, an den wir uns alle gerne erinnern werden.

Lieber Heinz, bleibe so wie Du bist, vor allem aber gesund.

Mein größter Wunsch ist es, Dich an noch vielen Geburtstagen besuchen zu dürfen. Wenn Du rufst, ich werde kommen – versprochen.

Alles Gute

Peter Wittig



Frank Richter bei seinem Impulsreferat im Rahmen der Eröffnung zum 3. Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam

3. VERKEHRSFORUM DER GDP IN POTSDAM AM 24. UND 25. APRIL 2012

POSITIONEN DER GdP MIT BLICK IN DIE ZUKUNFT HERAUSGEARBEITET

Frank Richter, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eröffnete am 24. April 2012 das 3. GdP Verkehrsforum in Potsdam mit einer sehr deutlichen und richtungsweisenden Rede.

Noch bevor die eingeladenen Teilnehmer im Laufe der beiden Kongresstage ihre fachliche Kompetenz in die einzelnen Arbeitsgruppen einbringen konnten, gab es klare und sehr deutliche Hinweise auf die verkehrspolitische Ausrichtung dieser GdP. Frank Richter machte in seinem Impulsreferat deutlich, dass „hinter jedes Lenkrad ein klarer Kopf gehört“ und fasste in diesem einfachen Satz alle aktuellen Problemstellungen mit hinein, die uns in den kommenden zwei Tagen in der Tiefe beschäftigen sollten.

Alkohol, Drogen und Medikamente sind die unberechenbaren Risiken, die uns täglich im Alltag begegnen und immer wieder unvorstellbares Leid in den Kreis von Familie und Freunden tragen. Wer der Unvernunft von Verkehrsteilnehmern in Zukunft zielgerichtet und erfolgreich entgegentreten will, muss verstärkt auf Prävention setzen, muss aufklären und verdeutlichen, dass im Falle der Entdeckung die Betroffenen mit empfindlichen Strafen zu rechnen haben.

Prävention bedeutet in diesem Zusammenhang selbstverständlich vorbeugende Kontrollen. Zeit und Raum hierfür brauchen unsere Kolleginnen und Kollegen in so hohem Maße, dass ein damit einhergehender Kontrolldruck dauerhaft auf hohem Niveau aufrechterhalten werden kann. Natürlich gelingt uns dies nur, wenn wir zukünftig deutlich stärker (zurzeit nicht vorhandene) Zeiträume für all die sinnvollen Kontrollmaßnahmen im Verkehrsbereich nutzen. In diesem Zusammenhang richtete Frank Richter deutliche Worte an die Haushälter dieser Republik und sprach, mit Blick auf den bundesweit anhaltenden Personalabbau bei der Polizei, von „Sabotage“.

ARBEITSKREISE STEIGEN TIEF IN DIE EINZELNEN PROBLEMFELDER EIN.

Die Arbeitskreise 1-4 waren inhaltlich bereits vor Kongressbeginn festgelegt. Die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen wurden fachkompetent von bundesweit anerkannten Kapazitäten der jeweiligen Fachgebiete begleitet.

ARBEITSKREIS 1: ALKOHOLGRENZWERTE IM STRASSENVERKEHR

In Deutschland gelten für die Fahrer von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen

Straßen zahlreiche Grenzwerte, die nur selten allen Chauffeuren in sämtlichen Facetten geläufig sind.

So gilt die absolute 0-Promille-Grenze, die manche so eifrig fordern, bereits heute für Fahranfänger innerhalb der Probezeit von zwei Jahren nach Erteilung der Fahrerlaubnis sowie grundsätzlich für Fahrzeugführer, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Kraftomnibus- und Kraftdroschenfahrer mit Fahrgästen und Fahrer von Gefahrgutfahrzeugen. Zum Jahresbeginn wurde diese Gruppe noch um die Fahrer von so genannten Gigalibern, die sich im bundesweiten Probeversuch befinden, erweitert.

Der nächste Grenzwert liegt bei 0,3 ‰. Bewegt sich der Alkohollevel des Fahrers darunter, drohen ihm keine alkoholbedingten Folgen, selbst wenn er schuldhaft einen Unfall verursacht. Hat er jedoch diesen Level erreicht oder überschritten, stellt sich die Frage, wie hoch die Überschreitung ist und daneben, ob die Fahrt folgenlos war, oder nicht.

Konnten keine alkoholbedingten Ausfallserscheinungen festgestellt werden und hat sich auch kein Verkehrsunfall ereignet, so geschieht bis unterhalb eines Wertes von 0,5 ‰ nichts, was dem Fahrer zum Nachteil gereicht. Sollte jedoch eine der beiden Varianten eingetreten sein,

liegt eine relative Fahruntüchtigkeit vor, die als Straftat geahndet wird.

Zwischen 0,5 ‰ und weniger als 1,1 ‰ Alkohol im Blut (oder 0,25 – <0,55 mg/l in der Atemluft) ist wiederum die Frage nach den alkoholbedingten Ausfallserscheinungen respektive dem Verkehrsunfall zu stellen.

Im positiven Fall tritt dieselbe Folge ein, wie zuvor bei einer Blutalkoholkonzentration (BAK) ab 0,3 ‰, nämlich die Würdigung als Straftat. Im folgenlosen Fall liegt eine Ordnungswidrigkeit nach § 24a StVG vor, die mit einem Bußgeld geahndet wird.



**Sich dem Vortrag aufmerksam widmen und Orientierung in der Tagesordnung.
Die hessischen Vertreter auf dem 3. „Verkehrsgipfel“ der
Gewerkschaft der Polizei in Potsdam.**

Ab einer BAK von 1,1 ‰ oder mehr spricht man von einem „abstrakten Gefährdungsdelikt“, d.h. diese BAK wird als so „verwerflich“ angesehen, dass ohne weiteres Hinzukommen von Ausfallserscheinungen oder eines Unfalls eine absolute Fahruntüchtigkeit vorliegt, die als Straftat bewertet wird.

Nur der Vollständigkeit wegen: Ab einer BAK von 2,5 ‰ oder mehr liegt Vollrausch gem. § 323 a StGB vor. Da dem Beschuldigten die freie Willensausübung bei der Tatausführung fehlt (actio libera in causa), kann er nicht wegen der eigentlichen Tat (hier Trunkenheitsfahrt gem. § 316 StGB oder Straßenverkehrsgefährdung gem. § 315 c StGB), sondern ggf. eben nur wegen des Subsidiärtatbestands des Vollrauschs bestraft werden. Dafür droht bei Verkehrsdelikten aber die MPU.

Machen so viele, zum Teil recht kompliziert abgegrenzte Grenzwerte Sinn, oder sollte eher eine Vereinheitlichung stattfinden? Dazu gehört untrennbar

auch die Frage nach dem „richtigen“ Grenzwert. Möglicherweise bei „0“ Promille?

(Quelle: GdP-Broschüre „Polizei Dein Partner“
3. Verkehrsforum)

ERGEBNIS/EMPFEHLUNG DER ARBEITSGRUPPE 1

1. Der AK 1 unterstützt die Forderung des Deutschen Verkehrssicherheitsrates e. V. (DVR) mit dem Ziel einer Neufassung des § 24 a Abs. 1 StVG „Kein Alkohol am Steuer“:

„Ordnungswidrig handelt, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt,

obwohl er unter der Wirkung alkoholischer Getränke steht.“

Ahnung ab 0,2 Promille. Folge: Aufhebung des § 24 c StVG.

Anpassung an den § 24 a StVG der speziellen Rechtsbereiche des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und des Gefahrgutbeförderungsgesetzes (GG-BefG).

2. Herabsetzung des Grenzwertes der absoluten Fahruntüchtigkeit für Fahrradfahrer von 1,6 auf 1,1 Promille.

3. Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestandes für alkoholisierte Fahrradfahrer ab 0,8 Promille.

4. Die Politik wird dringend aufgefordert, die allseits geforderte Erhöhung der Entdeckungswahrscheinlichkeit durch Bereitstellung der dazu notwendigen Ressourcen zu ermöglichen.

ARBEITSKREIS 2: DROGEN IM STRASSENVERKEHR

Unter dem Begriff „klassisch“ sind nicht etwa die berauschenden Substanzen zu verstehen, die bereits zu Zeiten der Hochblüte ägyptischer, griechischer oder römischer Kulturen hier und da geraucht oder geschnupft wurden. Gemeint sind vielmehr die in der Anlage zu § 24a des Straßenverkehrsgesetzes aufgeführten Drogen bzw. deren Wirkstoffe.

Mit dem Stichwort „Anhang“ = Liste, ist schon der Fokus gesetzt. Nämlich auf die Endlichkeit von Listen und damit möglicherweise verbundenen Problemstellungen, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob und wenn ja, mit welchen weiteren Elementen die Liste fortgeschrieben werden kann – oder soll.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll oder gar erforderlich wäre, Grenzwerte für die relative und absolute Fahruntüchtigkeit einzuführen – so wie es beim Alkohol am Steuer auch gilt.

Der Gesetzgeber hat sich für die Version „Zero“ also für keine Drogen im Straßenverkehr ausgesprochen. Das ist grundsätzlich auch richtig so. Allerdings wurde diese harte Haltung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 2652/03 v. 21.12.2004) insoweit abgeschwächt, als dass eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit durch den Genuss THC-haltiger Drogen eingetreten sein muss. Ein Lichtblick, der von zeitaufwändigen und oft problematischen Beweisführungen absieht, bildet die Rechtsprechung des bayerischen obersten Landgerichts, das – im Falle von THC – die Beeinträchtigung der Verkehrstauglichkeit bei 1 ng/ml (Nanogramm pro Milliliter) als möglicherweise gegeben ansieht.

Zusätzliche Probleme in der Praxis gibt es hinsichtlich der Erkennbarkeit von Symptomen. Ebenso, wie eine Grenzwertfindung aufgrund der unterschiedlichen Wirkungsweisen vieler Drogen bislang nicht möglich war, folgen auch die Verhaltensauffälligkeiten anderen Gesetzmäßigkeiten.

Daher ist unabdingbare Voraussetzung für das schnelle und sichere Feststellen eines Anfangsverdachts, dass Polizisten, die Fahrzeuge kontrollieren, dahingehend geschult werden. Im nächsten Schritt wäre zu hinterfragen, ob die derzeit vorhandenen Vortestmöglichkeiten ausreichend sind, um den Anfangsverdacht so weit zu erhärten, damit der letzte Schritt zur Beweisführung unternommen werden kann – die Blutprobe.

Die Blutentnahme zur Beweisführung einer Drogenfahrt unterliegt denselben verfahrensrechtlichen Vorschriften, wie die einer Trunkenheitsfahrt und kennt damit die gleichen Probleme wie Richter vorbehalt, Freiheitsbeschränkung und den Eingriff in die körperliche Unversehrtheit.

Daher richtet sich auch bei den Drogen der Fokus auf Möglichkeiten, mit anderen – einfacheren – Methoden gerichtswertbare Beweise sichern zu können.

(Quelle: GdP-Broschüre „Polizei Dein Partner“
3. Verkehrsforum)

ERGEBNIS/EMPFEHLUNG DER ARBEITSGRUPPE 2

1. „Legal Highs“ sollten durch die Unterstellung von Stoffgruppen im BtMG aufgenommen werden.

2. Die Nachweisbarkeit dieser „legal Highs“, durch Untersuchungslabore und die Herstellung und Erprobung von einfach handhabbaren und praktikablen Schnelltests, sollte vorangetrieben werden.

3. Die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten in der Erkennung von Fahrzeugführern unter der Wirkung von psychotropen Substanzen sollte bundesweit einheitlich auch unter Einbindung neuer Medien (Extrapol) weiter verstärkt werden.

4. Verpflichtende Präventionsarbeit in Bezug auf die Folgen des Konsums und die Auswirkung von psychotropen Substanzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insbesondere in Fahrschulen).

ARBEITSKREIS 3: MEDIKAMENTE IM STRASSENVERKEHR

Die Wirkstoffe, die in Medikamenten enthalten sind, finden sich regelmäßig in der Anlage zu § 24a des Straßenverkehrsgesetzes wieder. Es gibt hinsichtlich des Genusses bzw. der Einnahme (von „Genuss“ im Zusammenhang mit der Einnahme von Medikamenten zu sprechen, wäre wohl zu viel des Guten) von Drogen bzw. Medikamenten allerdings einen kleinen, aber weitreichenden juristischen Aspekt, mit großer Wirkung.

Während bei Drogen gemäß Anlage grundsätzlich der O-Grenzwert gilt, dürfen Medikamente – theoretisch unbegrenzt – eingenommen werden, sofern dies medizinisch indiziert ist.

Die „Begründung“ hierzu sagt, dass der Wirkstoffgehalt in Medikamenten weit geringer sei, als der bei klassischen Drogen. Das mag in manchen Fällen durchaus auch so sein. Allerdings gibt es auch Medikamente, die eine höhere Wirkstoffkonzentration aufweisen, als eine „schwache“ Droge. Was gilt nun in solchen Fällen?

Dieser Frage soll der Arbeitskreis nachgehen und möglichst plausible Antworten liefern. Eines scheint sicher. Der Hinweis des Arztes reicht nicht aus, um den Patienten aus seiner Verantwortung zu entlassen.

Vielleicht wäre es denkbar, dass der Apotheker bei der Abgabe nochmals ausdrücklich auf die Beeinträchtigung der Fahruntüchtigkeit hinweist, wenn er ein entsprechendes Medikament abgibt, oder wäre es gar sinnvoll, dem Patienten eine Unterschrift abzuverlangen, damit im Falle des Falles immer nachgewiesen werden kann, dass eine gehörige Information stattgefunden hat.

Ein weiterer, begleitender Schritt könnte darin bestehen, Medikamente, die einen solchen Wirkstoff beinhalten, auf der Packung so eindeutig zu kennzeichnen, dass die potenzielle Gefahr, die in den Pillen oder dem Saft schlummert, sofort augenscheinlich wird. Vielleicht ist ein Mix aus allen Vorschlägen der gangbare Weg.

Möglich wäre auch im Bereich der Medikamente – um den Befürwortern der geringen Wirkung das Wort zu reden – darüber nachzudenken, ob es wenigstens in einen oder anderen Fall einen Grenzwert geben könnte.

Ähnlich wie bei den überall bekannten Grippe-Brausetabletten, deren Dosierung in Hunderterschritten variiert.

Würde dieses Medikament einen drogenrelevanten Wirkstoff enthalten, könnte beispielsweise die Verpackung ab der 400er-Version mit einem roten Warndreieck versehen werden.

Insgesamt stellt gerade der Medikamentenkonsum einen derzeit noch weitgehend weißen Flickenteppich in der Landschaft der Fahruntüchtigkeiten dar, den zu vervollständigen es noch viel zu tun gibt.

(Quelle: GdP-Broschüre „Polizei Dein Partner“
3. Verkehrsforum)

ERGEBNIS/EMPFEHLUNG DER ARBEITSGRUPPE 3

Einleitung:

Angesichts der zu erwartenden Zunahme der Morbidität in allen Altersgruppen und der steigenden therapeutischen Möglichkeiten nimmt ein größer werdender Teil der Bevölkerung Medikamente ein. Angesichts der Bedeutung von Mobilität in der Gesellschaft birgt dies die Gefahr von Beeinträchtigungen im Straßenverkehr.

Es darf nicht Ziel sein, die Medikamenteneinnahme durch Verkehrsteilnehmer generell zu kriminalisieren. Hauptziel ist die Verkehrsunfallprävention. Ein wirkungsvoller Umgang mit der Thematik erfordert ein koordiniertes Herangehen durch eine Vielzahl von Akteuren, wovon die Polizei nur einer ist.

1. Quantifizierung des Problems: Analyse und Bewertung analog der Drogenproblematik vor 15 Jahren.

2. Klassifizierung von Medikamenten in verschiedene Gefährdungsstufen (unbedenklich, Verkehrstüchtigkeit kann eingeschränkt sein, Autofahren nur nach ärztlicher Rücksprache, Autofahren ist nicht mit der Medikamenteneinnahme vereinbar) und deren deutliche Kennzeichnung (Bsp.: Ampelsystem auf Packung). Erstellung von Wirkstofflisten analog DRUID-Studie. Arzt entscheidet ggf. über Fahrtüchtigkeit.

3. Änderung des § 24 a, Abs. 2 StVG. Überprüfbarkeit einer „nicht bestimmungsgemäßen Einnahme“ ist derzeit schwer möglich. Derzeit ist der Paragraph nur auf Drogenkonsum ausgelegt. Ergänzung um eine Anlage: Liste Verkehrstüchtigkeit einschränkender Wirkstoffe.

4. Erstellung eines Leitfadens für Polizeibeamte vor Ort, Verdachtsparameter definieren: Wann ist eine Überprüfung der Fahruntüchtigkeit infolge von Medikamenteneinnahme angezeigt, generelle Bereitstellung von Medikamentenschnelltests.

5. 1. Bewusstsein schaffen in der Bevölkerung, dass eingeschränkte Fahrtüchtigkeit unter Medikamenteneinfluss die gleichen Gefährdungen und Konsequenzen mit sich bringt wie Trunkenheit am Steuer. In der Fahrschulausbildung muss analog zum Konsum von Alkohol und Drogen eine Schulung über Medika-

mente erfolgen. Kampagnenarbeit, z. B. an Schulen, Fachpresse, Medien.

5. 2. Verpflichtung zur Aufklärung und deren Dokumentation durch Ärzte und Apotheker. Einführung von gleichmäßigen Standards, insbesondere Regelungen für Versandapotheken.

ARBEITSKREIS 4: PROBLEM BEWEISFÜHRUNG

Alkohol, Drogen und Medikamente. Die meisten Wirkstoffe der genannten Substanzen werden derzeit nach der GC/ADH-Methode festgestellt. Also im Labor unter Verwendung einer Blutprobe. Diese muss einem Probanden entnommen werden. Vor diesem Schritt steht die Feststellung des Anfangsverdachts, die Anordnung durch den Richter oder dem Staatsanwalt bzw. seiner Ermittlungsbeamten und letztendlich der Eingriff in die körperliche Unversehrtheit sowie die Freiheit.

Diese Probleme wären alle zu umgehen, wenn die Geräte zur Messung der Alkoholbestandteile in der Atemluft geeignet wären, beweiskräftige Feststellungen nicht nur im Ordnungswidrigkeitenverfahren, sondern auch im Strafverfahren zu liefern. Der Deutsche Verkehrsgerichtstag hat sich bereits mehrfach mit dieser Materie befasst, musste sich aber ebenso häufig geschlagen geben, weil die Messgenauigkeit, sei es an der dritten Stelle hinter dem Komma oder andernorts, noch nicht als hinreichend sicher erachtet wurde, um eine Verurteilung rechtfertigen zu können.

Die Technik entwickelt sich bekanntlich weiter und man darf sicher sein, dass die Hersteller solcher Geräte mit Eifer daran arbeiten, die Präzision ihrer Produkte so deutlich zu erhöhen, dass sowohl die Techniker, wie auch die Forensiker und Juristen letztendlich zustimmen können.

Wünschenswert wäre eine solche Entwicklung allemal. Nicht nur deshalb, weil sich damit das Richtervorbehaltsproblem in Wohlgefallen auflösen würde und dem Beschuldigten seine Freiheit mitsamt der körperlichen Unversehrtheit belassen werden könnte, sondern weil der zeitliche Verlust in Wegfall geriete, der durch den Transport des Probanden vom Ort der Feststellung zur nächsten Polizeiwache oder zum nächstgelegenen Krankenhaus entbehrlich werden würde. Bei einem mittleren Abbauwert des Alkohols im Blut von ca. 0,1 ‰ pro Stunde würde man-



Lothar Hölzgen, Carsten Bech und Ewald Gerk nutzten die Pausen für einen Gedankenaustausch zu den Inhalten der einzelnen Arbeitsgruppen. Nicht im Bild Willi Schleich, Thomas Beier und Bernd Ricker.

che Straftat eine solche bleiben und nicht auf dem Rücksitz des Streifenwagens zur Ordnungswidrigkeit degenerieren oder gar dem Grenzwert der Nichtigkeit entgegen konvergieren.

Die oft zu hörende Kostenfrage würde sich auch dadurch sicher stark relativieren, weil alleine die Verkaufszahlen für geeignete Geräte den Preis in akzeptable Niederungen führen würden.

(Quelle: GdP-Broschüre „Polizei Dein Partner“ 3. Verkehrsforum)

ERGEBNIS/EMPFEHLUNG DER ARBEITSGRUPPE 4

1. Fahren unter Alkoholeinfluss ist nach wie vor eine der Hauptunfallursachen im Straßenverkehr und für jeden zehnten Verkehrstoten verantwortlich.

2. Die GdP fordert eine deutliche Intensivierung effizienter und effektiver Alkoholkontrollen im Straßenverkehr.

3. Die mangelnde Personalausstattung lässt eine Steigerung der Überwachungsaktivitäten nicht realistisch erscheinen. Die derzeitige Praxis bei der Entnahme von Blutproben ist zudem extrem zeitaufwändig. Deshalb ist die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholprobe auch im Strafrechtsbereich (§ 315 c, § 316 StGB) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unerlässlich und sicherzustellen.

4. Für die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholanalyse fordert die GdP den Gesetzgeber auf, entsprechende Werte für die Fahrbeeinträchtigung in Korrelation zu Atemalkoholkonzentrationen festzusetzen bzw. durch entspre-

chende wissenschaftliche Forschung zu ermitteln.

5. Die GdP fordert die Einführung von verdachtsfreien Kontrollen hinsichtlich Alkohol und anderer berauschender Mittel.

6. Die GdP fordert die Abschaffung des Richtervorbehalts für Blutentnahmen im Bereich von Verkehrsstraftaten. Sie fordert den Bundestag auf, den hierzu vorliegenden Gesetzesentwurf schnellstmöglich umzusetzen.

EIN KURZES RESÜMEE

Am Ende dieses 3. GdP Verkehrsforum hat die Gewerkschaft der Polizei wieder einmal sehr deutlich unter Beweis gestellt, dass sie ihre Erfahrungen bündeln und wegweisend den Blick in die Zukunft richtet. Besondere gesellschaftliche Problemstellungen werden angenommen, in der Tiefe mit unseren fachkompetenten Kolleginnen und Kollegen diskutiert und zielstrebig einem Ergebnis zugeführt.

Mit Blick auf das Ergebnis des Arbeitskreises 1 darf man das Ergebnis dieser Expertenrunde durchaus auch mal als „mutig“ bezeichnen. Die Akzeptanz eines Promillewertes von über 1,0 ‰ für Radfahrer wurde in der Runde unter anderem als „staatlich sanktionierte Gefährdung Dritter“ bezeichnet. Dementsprechend gab es durchaus auch Befürworter für eine 0,0 Promille Grenze und/oder für neue Staffellungen.

Im Ergebnis aller Empfehlungen bleibt aber festzuhalten, dass unter Abwägung aller Gesichtspunkte ein vernünftiger Schritt in Richtung „Mehr Sicherheit auf Deutschlands Straßen“ gewagt wurde. ■

Lothar Hölzgen

NEUJAHRSEMPFANG DER KREISGRUPPE PTLV



Bernd Petri bei der Begrüßung

Bereits zum 3. Mal lud der Vorstand der GdP Kreisgruppe PTLV seine Mitglieder zum Neujahrsempfang am 19.01.2012 ein.

Nach der Begrüßung mit einem Glas Sekt/O-Saft und einem kleinen Präsent konnten ehemalige und aktive Kolleginnen und Kollegen in ungezwungener Atmosphäre Neuigkeiten austauschen und

die eine oder andere Anekdote zum Besten geben.

Natürlich wurde vom Vorsitzenden Bernd Petri der schöne Rahmen genutzt, um auch die diesjährigen Ehrungen vorzunehmen.

Verhindert waren leider

Eberhard Cyba

Klaus-Dieter Höffchen

Matthias Neu
(für jeweils 40 Jahre)
Wolfgang Röhm und
Rudolf Wagner
(für jeweils 50 Jahre).

Umso mehr freuten sich Bernd Petri und der Bezirksgruppenvorsitzende Ralf Humpf mit den Mitgliedern

Reiner Zey für 25 Jahre,
Walter Simon für 40 Jahre und
Eckhard Müller für 50 Jahre

Mitgliedschaft zu danken und Ihnen eine Urkunde, sowie eine Ehrennadel überreichen zu können. Von der Kreisgruppe wurde noch ein Gutschein für den Werbemittelkatalog der GdP überreicht.

Nach den Ehrungen und einem kleinen Imbiss klang der Nachmittag aus und die Mitglieder konnten mit den besten Wünschen für 2012 den Heimweg antreten.

Bericht: Katrin Kuhl

Foto: Mark Weber

KARL- HEINZ GARDE FEIERT 40. DIENSTJUBILÄUM

Eigentlich ist Karl-Heinz Garde ein Urgestein der II. Bereitschaftspolizeiabteilung. Aber nicht der in Lich, sondern der ehemaligen II. HBPA in der Friedrich-Ebert- Str. in Kassel! Doch nach den Reformen um die Bereitschaftspolizei zu Beginn der neunziger Jahre wurde der Standort „II. HBPA“ in Kassel geschlossen und im weit entfernten Lich eröffnet. Bis dahin versah er seinen Dienst zeitweise in der 6. und 8. Hundertschaft in der II. HBPA Kassel, Friedrich Ebert Straße.

Natürlich waren zum Aufbau der Abteilung in Lich Männer mit Sachverstand gefragt. Beheimatet in nordhessischen Edermünde vor den Toren der Stadt Kassel fiel es natürlich Karl- Heinz Garde nicht leicht, den Schritt zur neuen II. HBPA zu wagen. Er tat es. Somit war er mit einer der ersten Männer, die als „Stammbeamte“ in Lich die damals neue II. Bereitschaftspolizeiabteilung aufbauten.

Einige andere Kollegen aus Kassel folgten ebenfalls den Ruf nach Lich, so



Wegstrecken aufteilen ließen. Als ein Mann der ersten Stunde in Lich (ab 02.01.1994) nahm Karl – Heinz mehrere dienstliche Aufgaben wahr. Zunächst Mitarbeiter Aufbaustab, dann im Sachgebiet Einsatz und Organisation als Sachbearbeiter, bis zum heutigen Tage auch Angehöriger der Führungsgruppe im Sachgebiet Einsatz.

Als ich im Jahr 1995 in die Abteilung nach Lich kam, lernte ich Karl – Heinz Garde als aufgeschlossenen und stets hilfsbereiten Kollegen kennen. Manch einen Abend haben wir gemeinsam im Städtchen Lich verbracht. Fußball ist die große Leidenschaft von Karl – Heinz. Nachdem es aus Altersgründen bei ihm nichts mehr war mit dem aktiven Sport,

dass sich mit Fahrge-
meinschaften eini-
germaßen die lan-
gen Wegstre-

hat er sich ehrenamtlich in der Jugend-
abteilung seines Fußballvereins engagiert.

„Sport verbindet, baut Freundschaften und Zusammenhalt auf und macht in erster Linie Spaß“, so titelt die Homepage seines Vereins. Auch im Personalrat und in der Gewerkschaft der Polizei hat sich Karl-Heinz Garde immer engagiert. Er bekleidete mehr Funktionen auf Gewerkschaftsebene und war immer ein Garant der II. HBPA im Personalrat der Bereitschaftspolizei, wo er auch seit 1994 als stellvertretender Vorsitzender des damaligen Personalrates bei der II. Bereitschaftspolizeiabteilung aktiv war.

Wir waren und sind froh darüber, einen Menschen und Kollegen wie Karl-Heinz Garde in unseren Reihen zu wissen.

Am 4. April 2012, im Rahmen einer kleinen Feierstunde, wurde Karl-Heinz Garde die Urkunde durch den stellvertretenden Leiter der II. HBPA, Wolfgang Stächer, im Kreise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, übergeben. Herzlichen Glückwunsch dazu!

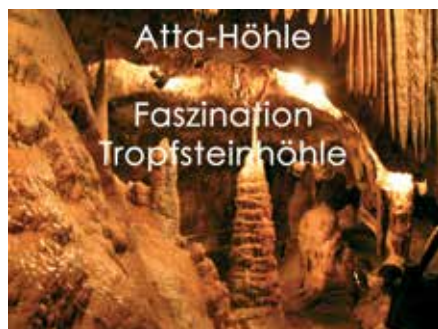
■
(MJ)

SENIORENAUSFLUG DER BZG WESTHESSEN AM 29. AUGUST 2012

WIR LADEN WIEDER EIN ZUM GEMEINSAMEN AUSFLUG MIT DEN BZG'EN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN UND BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Liebe Seniorinnen und Senioren,

es ist wieder soweit. Wir laden ein zu unserem Ausflug 2012, der uns dieses Jahr an den Biggensee im Südsauerland führen wird.



Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass wir immer mehr Zuspruch bei euch finden. Gerne organisieren wir daher den jährlichen Ausflug und die Seniorengruppe der BZG Westhessen hat sich wieder ein schönes Tagesprogramm ausgedacht.

Natürlich ist es bereits zu einer kleinen Tradition geworden, dass wir unsere Freunde der Bezirksgruppen Polizeizentralbehörden und Bereitschaftspolizei zu unserem Ausflug einladen.



Auch dieses Mal würden wir uns freuen, wenn viele von euch dieser Einladung folgen würden.

Ob zu Lande oder zu Wasser, was auch dieses Mal Teil des Ausfluges sein wird, immer hatten wir einen riesen Spaß und sind uns sicher, dass ihr das auch so sehen werdet.

Die Reise in der Luft hatten wir bisher noch nicht auf dem Plan, aber, ihr wisst ja, was nicht ist, ...

Was erwartet euch also am 29. August 2012?

Zunächst treffen wir uns an den bereits bekannten Abfahrtsorten in Idstein, Limburg, Oestrich-Winkel und



Wiesbaden. Danach fahren wir gemeinsam mit den Bussen in Richtung Rennerod/Westerwald, wo wir ein gemeinsames Frühstück einnehmen werden (lasst euch mal überraschen).

Danach fahren wir gestärkt weiter zum Biggensee.

Dort steht eine Besichtigung der Atta-Höhle in Attendorn auf dem Programm. Nach der ca. 40-minütigen Erkundung unter der Erde werden wir uns dann auf den See begeben, um diesen und die herrliche Umgebung in einer ca. 2-stündigen Schiffstour zu erkunden.

Nach Rückkehr zu den Bussen fahren wir nach Waldbrunn/Westerwald, um im dortigen Linden-Cafe unser Abendessen zu uns zu nehmen und den Tag ausklingen zu lassen.

Also, nun geht es zu den Anmeldungen. Wir stellen euch wieder alle Möglichkeiten zur Verfügung. Verwendet bitte den Anmeldebogen in diesem Heft und schickt ihn an die dort genannte Adresse zurück.

Natürlich haben wir auch für eine Online-Anmeldung gesorgt. Diese ist auf der Homepage der GdP zu erreichen. Ihr findet die Anmeldung und auch weitere Informationen auf www.gdp/hessen.de. Auf der Startseite klickt ihr auf GdP Hessen-Bezirksgruppen-Westhessen-Senioren.



Rückfragen könnt ihr gerne bei mir oder auch bei Wilfried Honecker stellen, Telefonnummern sind alle zur Verfügung.

Wir wünschen uns nun viele Anmeldungen und freuen uns auf euch im August. ■

Liebe Grüße, Eure Seniorengruppe Westhessen



Wann: Mittwoch, 29. August 2012
Ziel: Biggensee im Südsauerland
Wer: Alle Seniorinnen und Senioren
der Bezirksgruppen
Westhessen, PZBH und HBP.

Teilnahme auch mit Partner. Nichtmitglieder können gegen eine geringe Eigenbeteiligung teilnehmen (siehe unten).

Programmablauf

Fahrt mit dem Bus nach Rennerod/Westerwald. Dort gibt es ein gemeinsames Frühstück - lasst euch einfach mal überraschen.
Anschließend Weiterfahrt zum Biggensee. Zunächst bieten wir eine Besichtigung der Atta-Höhle in Attendorn an (Dauer ca. 40 Minuten).
Anschließend möchten wir den See und Umgebung mit dem Schiff erkunden (ca. 2 Stunden). Nach Beendigung des Nachmittages werden wir in Richtung Waldbrunn/Westerwald starten, und den Tag mit einem gemeinsamen Abendessen im dortigen Linden-Cafe ausklingen lassen.

Abfahrtszeiten-/orte der Busse

Bus 1:

08:00 Uhr in Idstein, Bushalteplatz am Bahnhof

08:30 Uhr bei der Polizeistation Limburg, Offheimer Weg

Bus 2:

07:30 Uhr in Oestrich-Winkel am Kerbeplatz

08:00 Uhr in Wiesbaden, Kahle Mühle; vor der Gaststätte Alte Schule

Für GdP-Mitglieder und Partner sind die Fahrt und das Frühstück kostenfrei, Nichtmitglieder beteiligen sich mit 15 Euro/Person (Bezahlung im Bus).
Sonstige Verpflegung und Ausflüge gehen auf eigene Kosten.

Hiermit melde ich mich/uns verbindlich zum Ausflug am 29.08.2012 an:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Partner/Begleiter:

GdP-Mitglied: ☐ ja ☐ nein

BZG: ☐ Westhessen ☐ PZBH ☐ HBP

Ich/wir möchten in ☐ Idstein ☐ Limburg ☐ Oestrich ☐ Wiesbaden zusteigen.

Ich/wir möchten die Atta-Höhle besichtigen: ☐ ja ☐ nein

Ich/wir möchten an der Schifffahrt teilnehmen: ☐ ja ☐ nein

Anmeldungen bitte an:

- Post an GdP Westhessen, Peter Wittig, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

- Fax an GdP Westhessen, 0611 / 345 1089

- Mail an pwittig@gdp-online.de

- Online unter www.gdp.de/hessen/gdphessen/bzgwesthessen/senioren

Rückfragen zum Ausflug unter 0611 / 345 1081 (P. Wittig) oder 06431 45891 (W. Honecker)

DER LOTSE GEHT VON BORD – TSCHÜSS ROLAND!

RÜCKBLICK AUF DIE GROSSE FEIER AM 26. APRIL

Seinen offiziellen Abschied feierte Roland Kramer vier Tage nach seinem 60. Geburtstag, am 26. April in seinem Wohnort Gernsheim.

Mehr als 180 Gäste, darunter die Familie mit Ehefrau Monika, Tochter Nadine, Schwiegersohn und Enkelkind David, Bekannte, Freunde sowie viele Kolleginnen und Kollegen, sowie Personalratsvertreterinnen und Personalratsvertreter beim HBPP waren der Einladung nach Gernsheim gefolgt.

Roland Kramer, der seine Grundausbildung am 01. April 1975 bei der I. BPA in Mainz-Kastel begann, dort die Weiterbildung als Einsatzbeamter versah, und nach dem Hauptwachtmeisteranwärterlehrgang zur Wasserschutzpolizei wechselte, absolvierte im Juli 1978 erfolgreich den WSP-Lehrgang in Hamburg und wurde Streifenbeamter bei der WSP-Station in Gernsheim, die auch seine Stammdienststelle bis zur Pensionierung blieb.

Trotz seiner späteren Tätigkeit im Personalrat, blieb er seiner Wasserschutzpolizei immer treu, nicht nur als Personalratsvertreter der WSP ab 1992, sondern auch als deren GdP-Kreisgruppenvorsitzender, beginnend im Jahre 1999.

So ließen es sich seine Kolleginnen und Kollegen der WSP als erste Gratulanten nicht nehmen, Roland und seine



Das Team Personalrat sagt „good bye“!

Frau Monika mit einer Abschiedsfahrt mit dem Polizeiboot auf dem Rhein zu erfreuen. Während des Anlegemanövers am Ufer des Hotels Rheingold, kreiste zur Unterstützung ein Polizeihubschrauber über der Abschiedszeremonie und das Feuerlöschboot der Feuerwehr Gernsheim sprühte Wasserfontänen aus seinen Strahlrohren. Feierliche Momente zu Beginn seines letzten Arbeitstages.

Nach dem Anlegen ging es gemeinsam zum Sektempfang der Gäste im „Fischerfesthaus“. Nach und nach füllte sich die festlich geschmückte Halle bis auf den letzten Platz. Die Bläsercombo des Landespolizeiorchesters eröffnete die Feier mit einem Musikstück.

Roland Kramer begrüßte ganz herzlich alle Anwesenden, insbesondere die Festredner, Hans Langecker, Werner Velten und Jens Mohrherr.

Erschienen waren auch ehemalige Weggefährten, der ehemalige PR-Vorsitzende Horst Enders, der erste Präsident des HBPP, Werner Larem und andere.

CHOR DER WASSERSCHUTZPOLIZEI BEGEISTERT

Der Chor der Hessischen Wasserschutzpolizei unter der professionellen

Leitung von Frau Laurie Anne McGowan sorgte mit vier unterhaltsamen Seemannsliedern zwischenzeitlich für eine solch tolle Stimmung, dass viele Gäste spontan mitsangen und sogar zum Mitschunkeln animiert wurden.

WORTE DES DANKES UND DER ANERKENNUNG

Hans Langecker würdigte den beruflichen Werdegang von Roland Kramer und unterstrich als wertvolle Erfahrung, die stets gute Zusammenarbeit der Behördenleitung mit dem Vorsitzenden und dem Personalratsgremium. Insbesondere bei der Umsetzung der Reform der Bereitschaftspolizei habe er den Vorsitzenden schätzen gelernt, der bei den zahlreichen personellen und organisatorischen Veränderungen maßgeblich mit dem Ziel der Umsetzung mitgearbeitet hatte. Ihm sei es zu verdanken, dass es gemeinsame Gespräche mit dem damaligen Staatssekretär und späteren Innenminister Boris Rhein gegeben habe und er lobte auch die vielen strategischen Abstimmungsgespräche mit dem Landespolizeipräsidenten Udo Münch. So sei es ihm gelungen, dass die Bereitschaftspolizei über wesentlich mehr Personalstellen verfüge, als ursprünglich



Machts gut

geplant war. Er lobte seine Beharrlichkeit, sein strategisches Geschick und seine professionelle Beratung, die mit dazu beitrugen, dass das HBPP als eingeständige Behörde weiter bestehen wird.

Schlussendlich überreichte der Präsident die Ruhestandsurkunde an Roland Kramer und bedankte sich ebenso herzlich bei seiner Ehefrau mit einem wunderschönen Blumenstrauß.

Der Leiter der Wasserschutzpolizei, Werner Velten, setzte die Reihe der Grußworte fort.

Er würdigte den gebürtigen „Gernsheimer Bub“ für sein dienstliches Engagement als Steifenbeamter, als Polizeitaucher und als „professioneller Ermittler“ in allen Bereichen, sei es bei der Verfolgung von Straftaten oder von Ordnungswidrigkeiten. Der Beamte Kramer sorgte fleißig für hohe Fallzahlen, hatte aber auch immer sehr hohe Aufklärungsquoten. Später spezialisierte er sich als Brandermittler und zuletzt als Technischer Leiter der WSPSt. Gernsheim. Auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten als Personalratsmitglied Gewerkschaftsvertreter wurden als sprichwörtliches Engagement beleuchtet. Werner Velten dankte persönlich für viele gemeinsame Gespräche, unzählige Versammlungen und für die immerwährende gute Zusammenarbeit.

Jens Mohrherr charakterisierte in seinem Grußwort den „Menschen“ Roland Kramer. Die gemeinsamen Einsatzbetreuungsreisen, die beide häufig für die Kolleginnen und Kollegen der HBP unternahmen, einmal sogar ins europäische Ausland, standen dabei im Mittelpunkt. Er habe, so Mohrherr, viel von Rolands angeborenen Stärke, erst zuhören, dann bewerten und schlussendlich eine Entscheidung treffen, profitieren können. Auch die „gebetsmühlenartige Geduld“, die Roland



Roland geht von Bord

selbst in den schwierigsten Situationen zeigte, ist eine große Stärke.

Lothar Hölzgen schloss sich mit einer sehr persönlichen Dankesrede an und würdigte den stets kritischen und in der Diskussion sachlichen Roland Kramer, der damit den Landesbezirk sehr belebt hat.

Detlef Otto unterstrich, in Eigenschaft als Vorsitzender der BZG Bereitschaftspolizei, noch einmal die 12 zurückliegenden Personalratsjahre von Roland. Acht davon als Vorsitzender und überschneidend 20 Jahre als Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen Funktionen der KG WSP, der BZG und im Landesvorstand. Er lobte die Kommunikation Rolands mit allen Beschäftigten, sei es im persönlichen Einzelgespräch, mittels Email oder in den Personalratssitzungen. Einige Präsidenten hat er erlebt, genannt seien hier Werner Larem, Werner Heinrichs, Manfred Tecl als kommissarischer Präsident und zu-

letzt Hans Langecker. Höhepunkte waren die Teil-Personalversammlungen in allen Organisationsbereichen und natürlich die Zentrale Versammlung in Fernwald im vergangenen Jahr mit hochkarätigen Gästen, Innenminister Boris Rhein und Landespolizeipräsidenten Udo Münch waren der Einladung gefolgt. Außerdem, und das unterstrich anschließend Valentin Müller in seiner Rede, war es sicher auch Rolands Verdienst, dass der Innenminister die Lebensarbeitszeit „Ruhestand mit 60“ auf der Tagesordnung hatte und diese Regelung dann allen Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei versprach, sofern diese 20 belasteten Dienstjahre nachweisen können.

Sandra Temmen aus der Geschäftsführung des Personalrates bedankte sich abschließend persönlich ganz besonders bei Roland und lobte ihn als Teamplayer.

MUSIK, BUFFET UND ABSCHIEDSWORTE

Nach einen abschließenden Musikeinlage des LPO, eröffnete Roland das Buffet und lud zum geselligen Beisammensein ein.

Im Laufe des Nachmittags ließ es sich der Personalratsvorsitzende a.D. nicht nehmen, sich für die vielen Geschenke zu bedanken. Ganz Persönlich dankte er seinem Vorgänger im Amt, Horst Enders und dem ersten Präsidenten der HBP, Werner Larem. Beide hätten ursächlich dafür gesorgt, dass er als Personalratsvorsitzender Fuß fassen konnte und ihm sozusagen den Anschub für seine Tätigkeiten zum Wohle der Beschäftigten, gegeben. ■

D.O.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau – Taunus Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.
Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMDI, HPA und PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach und Polizeireiterstaffel Hessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum
Redaktion/Redaktionsanschrift:
Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Ralf Humpf, Katrin Kuhl, GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden
Jens Mohrherr, GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: polrep@web.de

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

DIGITALFUNK UND ORDNUNGSPOLIZEI – DAS MUSS KEIN ZUFALL SEIN

SICHERHEIT STEHT IM VORDERGRUND

Seit Jahren wird bei der Polizei über den Digitalfunk gesprochen. Jetzt, wo es bald so weit sein wird, lässt man die Ordnungspolizei wieder einmal mehr außen vor.

Und dies, obwohl dieser Bereich der öffentlichen Sicherheit in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben, auch von der Landespolizei, übernommen hat. Im Rahmen der Möglichkeiten und Vorgaben, die das HSOG beschreibt, nehmen die Ordnungsbehörden auch viele Tätigkeiten wahr, die im Zusammenhang mit Großveranstaltungen notwendig sind. Ob dies beim Hesttag ist, bei örtlichen Wein- und Brauchtumsfesten, oder auf größeren Sportveranstaltungen. Gerade hier ist es wichtig, dass die reibungslose Kommunikation zwischen den Behörden für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Polizei und Ordnungspolizei) ohne Schwierigkeiten reibungslos funktioniert.

Nach einer Anfrage an das Innenministerium, gehören die Ordnungsbehörden der Kommunen gemäß § 4 der BOS-Funkrichtlinie zur Zeit nicht zu den berechtigten Teilnehmern am BOS-Funk.

Aber wenn nicht die Ordnungsbehörden, gerade der größeren Städte und Kommunen, wer gehört dann neben der Polizei zu den wirklich Berechtigten für den Digitalfunk?

Wenn sogar die ehrenamtlichen Vertreter des freiwilligen Polizeidienstes, die wesentlich weniger Befugnisse als die gut ausgebildeten Ordnungspolizisten haben, den BOS-Funk nutzen dürfen, dann wäre es nur richtig und konsequent, dass die Ordnungspolizeien der Kommunen ebenfalls in den BOS-Funk eingebunden würden.

Dieser Schritt sollte jetzt, im Zuge der Umstellung auf den Digitalfunk, unbedingt gegangen werden.

Aus polizeilicher Sicht wäre es wünschenswert, wenn auch die Ordnungsbehörden auf den Digitalfunk zugreifen können.



Ein Blick ins Südhessische zeigt, dass dort von Seiten der Polizei auch in der Vergangenheit schon Funkprobleme mit den örtlichen Kommunen unbürokratisch und praxisorientiert gelöst wurden.

Der südhessische Polizeipräsident Dölger übergab schon 2009 zwei polizeieigene Funkgeräte an die dortige Ordnungsbehörde, um die Zusammenarbeit vor Ort für alle Beteiligten zu verbessern.

Ein Brief an den Verantwortlichen im HMdLU, Herrn Dr. Richard Georgi, soll auf Initiative der GdP Kreisgruppe Rheingau nun zur Aufarbeitung der Versäumnisse beitragen. Warum soll eine inzwischen gut gewachsene und als hervorragend zu bezeichnende gute Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und den Ordnungsbehörden nicht auch in Sachen Digitalfunk möglich sein?

Thomas Egenolf / Daniel Klimpe

3. POLIZEIREVIER WIESBADEN UND DAS PTLV SORGEN NICHT NUR FÜR DAS LEIBLICHE WOHL

VIERTES EUROPACIERTELFEST BEI STRAHLENDEM SONNENSCHNEIN



Viele Besucher

Wenn man am Mittag des Pfingstsonntags bei strahlendem Sonnenschein durch die Willy-Brandt-Allee schlenderte, wurde

man nicht nur durch jazzige Klänge der Band „Quacktown Brandy Balls“, sondern auch durch leckere Düfte nach Bratwurst und Burger fast automatisch auf das Gelände des PTLV geleitet.

Das 4. Europaciertelfest war ab 13:00 Uhr in vollem Gange und lockte nicht nur Nachbarn und Mitarbeiter aus den ansässigen Firmen und Behörden, sondern auch Freunde der guten Musik und vor allem der kulinarischen Köstlichkeiten an.

DAS MENÜ

Als Vorspeise eine Rinds- und/oder Bratwurst vom 3. Revier, als Hauptgang ein Hamburger vom American Footballteam Wiesbaden Phantoms, als Nachtisch noch ein Stück Kuchen vom Stand der KiTa und damit der Hals nicht austrocknet, ein schönes frisch gezapftes Bier oder ein alkoholfreies Getränk vom



Vielen Dank
für eure
Stimmen

Personalratswahlen 2012
Stärke hat Stimme!

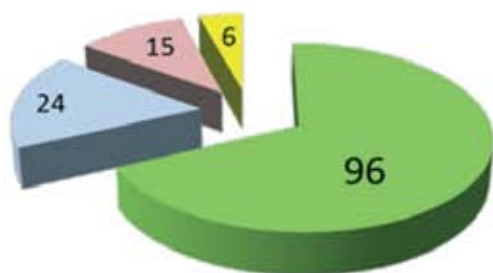
a k t u e l l

Die Bezirksgruppen Westhessen, HBP und PZBH bedanken sich für das überwältigende Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bei den Personalratswahlen 2012. Ebenso bedanken wir uns bei den Vertretern der Wahlvorstände für die hervorragende Arbeit.

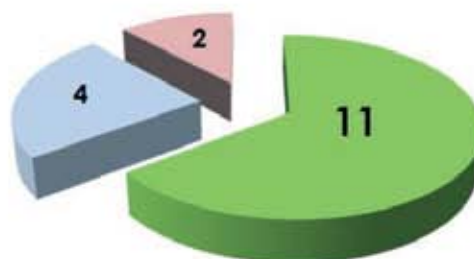
**Das kraftvolle Engagement der GdP habt Ihr
durch Eure Stimme belohnt:**

Sitzverteilung der Personalräte 2012

Dienststellen	Sitzverteilung GdP : Andere	Sitze der GdP	
		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
Frankfurt	9 : 8	7	2
HBPP	9 : 4	8	1
Mittelhessen	9 : 4	7	2
Nordhessen	11 : 2	8	3
Osthessen	8 : 3	5	3
PZBH			
HLKA	7 : 4	4	3
HPA	9 : 4	8	1
PTLV	7 : 2	4	3
Südhessen	8 : 5	6	2
Südosthessen	10 : 3	7	3
Westhessen	9 : 6	7	2
ÖPR gesamt:	96 : 45	71	25
Hauptpersonalrat	11 : 6	9	2
Hessen gesamt	107 : 51	80	27



Ergebnis Örtl. Personalräte



Ergebnis Hauptpersonalrat

Danke für euer Vertrauen

Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen – Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0, Telefax (0611) 99227-27, email: GdPHessen@t-online.de

Stand des Personalrates des PTLV (ein besonderer Dank gilt hier auch noch mal an die tatkräftige Unterstützung der Azubis, sowie weiterer Kolleginnen und Kollegen samt Partner/in).

Da der ein oder andere für dieses Menü doch etwas mehr Zeit benötigte, wurde der Nachmittag mit unterschiedlichsten Programmpunkten verkürzt.

Neben „Singen mit Spaß“ für die kleinsten Besucher und einer Tanzdarbietung der Kindertanzgruppe „Pandas“ (TV Waldstraße), brachte die Band „Cue up“ das Europaviertel in Schwung und die jungen Künstler der Wiesbadener Kunst- und Musikschule konnte erst nach einer lautstark vom Publikum geforderten Zugabe die Bühne verlassen.

Vor allem in den kleinen Programmpausen begann der „Run“ auf den „Polizeistand“, denn hier konnte man neben Fingerabdrücken auch Fotos auf einem echten Polizeimotorrad erstellen und diese sogar als Button mit nach Hause nehmen.

Zum Abend hin packte die Band „Best Age“ dann wieder Ihre Instrumente aus und durch Ihre gelungene Mischung aus Rock-, Pop-, Folk- und Swing-Klassikern dauerte es nicht lange, bis die ersten Tänzer auf dem Rasen Ihr Können bewiesen.



Buntes Treiben

Nicht nur durch die gute Laune der Besucher, sondern auch durch zahlreiche Gespräche mit den Gästen wurde auch in diesem Jahr schnell klar:

Das Europaviertelfest war wieder ein voller Erfolg und ist aus dem Wiesbadener Terminkalender nicht mehr wegzudenken!

Katrin Kuhl

RUHESTANDSVERSETZUNG ROLAND KRAMER

EINE PERSÖNLICHE BETRACHTUNG EINES AUSSERGEWÖHNLICHEN MENSCHEN

Wenn ein Kollege, mit dem man über ein Jahrzehnt gut und gerne zusammen gearbeitet hat, in den verdienten Ruhestand verabschiedet wird, macht man sich vorher Gedanken, was man „ihm“ mit auf den Weg gibt.

Hinzu kommt, dass sicherlich im Rahmen der geplanten Abschiedsfeier, immerhin waren über 180 Gäste geladen, der eine oder andere Anwesende sicher einige Worte des Dankes und der Anerkennung an den zu verabschiedenden richten wird.

Dann wiederum läuft man als nachfolgender Redner Gefahr, wenn man nicht gerade der erste oder zweite Redner ist, im Nachgang, auch auf Grund des verständlichen Nachlassens der Aufmerksamkeit der Zuhörerinnen und Zuhörer die eigenen Worte zum Abschied bewusst abzukürzen. Um eben den Verlauf der Verabschiedung, das Buffet stand zur Eröffnung an, nicht unnötig zu verhindern. So war es auch am 26. April in Gernsheim, anlässlich Rolands Verabschiedung.

Gleichwohl sehr viel Gutes über den „jetzigen Jungpensionär Roland Kramer“ am Tage seiner Verabschiedung gesagt wurde, möchte ich an dieser Stelle, ganz bewusst, nicht meine eigentliche Rede wiedergeben, sondern auch und gerade mit den Eindrücken der zurückliegenden Verabschiedung, den Menschen Roland Kramer skizzieren. Ich tue dies bewusst, weil wir beide in den gemeinsamen zurückliegenden Jahren viel gemeinsam erlebt haben. Da ich 15 Jahre später das Licht dieser Welt erblickt habe als Roland, habe ich ihn immer als meinen „großen Bruder“ angesehen. Wobei ich der kleine Bruder stets gerne war und auch weiterhin bleibe.

Den Job als Personalvertreter kannst du nicht lernen, dafür gibt es keinen Lehrgang, keine Schule und keinen Abschluss, wie z.B. den Bachelor.

Manchen Personalratsvertretern wurden benötigte Fähigkeiten in die Wiege gelegt. Andere erlernen den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen und deren Problemen im Laufe der Zeit.

Bei Roland war sicherlich das Talent, jeden Menschen und jedes noch so individuelle Problem von Kolleginnen und Kollegen sozusagen zu antizipieren und abzuarbeiten, stark ausgeprägt.

Was sind die Erwartungen an einen Personalratsvertreter? Sicherlich wird erwartet, dass „derjenige“, der die Interessen des Personals vertritt, Zeit dafür mitbringt. Ein achtstündiger Arbeitstag mit festen Dienstzeiten ist hier nicht geeignet und so machte es sich Roland zu Eigen, sehr zum Leidwesen von Ehefrau, Familie und Bekannten, viel Zeit in seine Arbeit zu investieren.

Manchmal auch über mehrere Tage, auch an den unterschiedlichsten Orten in Deutschland. Einmal sogar auch ins europäische Ausland. Oft waren demonstrative Anlässe der Grund für die Einsatzbetreuung. Auch herausragende Fußballspiele gehörten mit dazu. Das Roland im Übrigen mit Fußball nichts am Hut hatte, unterscheidet uns bis heute.

Oft und gerne habe ich die Gelegenheit genutzt, mit Roland gemeinsam unsere Kolleginnen und Kollegen zu Einsätzen zu begleiten. Das lief dann meistens so ab, dass ich nach der Beladung unseres Dienstautos das Steuer übernahm und Roland den Co Pilotensitz überließ. Selbst Rolands mehrmalige Bemühungen, während mehrstündiger Fahrten, das Steuer zu übernehmen, konnte und wollte ich nicht entsprechen. Dabei war mein Handeln rückblickend nicht egoistisch gedacht, ich wollte ihm wenigstens diesen Stressfaktor abnehmen.

Denn Stress gab es bei den zahlreichen personalrätlichen Einsätzen fast immer.



Einsatz in Heiligendamm einschließlich des GdP Busses

Waren es Anfangs oft menschenunwürdige Unterkünfte, in denen unsere Kräfte sprichwörtlich „Hausen“ mussten, kamen sukzessive immer längere Arbeitszeiten hinzu, die nicht hinnehmbar waren.

20 aufeinanderfolgenden Stunden im Einsatz zu sein, wenige Stunden zu schlafen und das über mehrere Tage geht auf die Knochen.

Hinzu kamen auch mal Bedenken der jeweiligen verantwortlichen Führungskräfte vor Ort, was denn nun schon wieder die „Personalräte“ mit im Einsatz wollten.

Unser Ziel war immer klar beschrieben: für die Kolleginnen und Kollegen da zu sein. Uns zu „kümmern“. Miterleben, Auf-

nehmen und Ändern von Zuständen, wenn auch sehr oft erst im Nachgang zu den jeweiligen Lagen.

Mittlerweile haben wir viele gute Regelungen eingeführt. Bereitschaftszeiten werden in Hessen seit 2007 durchgehend mit 1:1 vergütet. Die Unterbringung der Kräfte erfolgt nahezu standardisiert in Hotels. Kasernen sind meistens kein Thema mehr.

Denkt bitte auch daran, liebe Leserinnen und Leser, dass wir Personalräte unsere Einsatzmaßnahmen immer zu eurem Wohle durchgeführt haben und sicherlich auch weiterhin werden, denn DuZ und Überstunden kennt das HPVG nicht.

Rückblickend stelle ich fest, dass ich als „kleiner“ Bruder jetzt noch einige dienstliche Jahre vor mir habe. Vielleicht auch als Personalvertreter, wenn es die Beschäftigten so wollen.

Was mir bleibt sind die Erinnerungen an unsere gemeinsamen Einsätze, an die ich sehr gerne zurückdenke. Heiligendamm, Berlin, Brandenburg, Baden-Baden und Basel, um nur die herausragenden zu nennen.

Kopieren kann und werde ich den „Großen“ sowieso nicht. Aber in machen Situationen daran denken, was hätte der „Große“ jetzt getan, wird sicherlich weiterhelfen. An dieser Stelle schließe ich jetzt und freue mich auf unsere nächste Begegnung.

Da wird es sicherlich eine Menge zu besprechen geben.

Lieber Roland, bleib Gesund und deinen Personalratskolleginnen und Personalratskollegen gewogen!

■
MJ

AUSBILDUNG ZUM EINSATZKOCH IN DER III.BPA

Im April 2012 fand in der III. BPA Mühlheim am Main der 23. Einsatzkochlehrgang statt. Ausgebildet wurden der Kollege Daniel Gelich aus der Hansestadt Hamburg sowie Kai Schäfer, Marc Hawaleschka und Martino Thiele von der TEE 19.

Vorbereitet und geleitet wurde der Lehrgang von POK Röder und PK'in Rudolph, beide TEE 39. Tatkräftig unterstützt wurden die beiden von den Mitarbeitern der Einsatzküche Mühlheim am Main, insbesondere durch Gerd Zimmermann. Als Koch, Lehrlingsausbilder und Prüfer bei der IHK hat er sein Fachwissen intensiv an die neuen Einsatzköche weitergeben können.

Im Rahmen des Lehrgangs sollte den Teilnehmern theoretisches als auch praktisches Wissen im Hinblick auf den Umgang mit Lebensmitteln, Hygienevorschriften und Arbeitsschutz vermittelt werden.



Einsatzköche und Lehrgangsteilnehmer

Bezüglich der Verwendung von Lebensmitteln wurden die Teilnehmer geschult, die Zutaten auf ihre Qualität hin zu überprüfen, sowie angemessene Portionierungen vorzunehmen.

Die Ausbildung umfasste eine Vielzahl verschiedener Besichtigungen, unter anderem in einem fleischverarbeitenden Betrieb, einer Großbäckerei und einer Frischfischabteilung. Diese Einblicke ermöglichten es den Teilnehmern, sich in die Lage des Konsumenten als auch des Händlers zu versetzen.

Darüber hinaus lernten die angehenden Einsatzköche in einer Ernährungsberatung, welche notwendigen Inhaltsstoffe in einer zubereiteten Einsatzmahlzeit nicht fehlen dürfen.

Ein besonderes Highlight der Ausbildung war ein Kocheinsatz auf dem Bundeswehrübungsgelände Hammelburg. Hierbei lag die Aufgabe der Teilnehmer

darin, die vor Ort eine Übung durchführende Technische Einsatzinheit 39 zu verköstigen. Die Schwierigkeit war, die im Gelände fehlenden Strom- und Wasserversorgungen durch mitgeführte technische Ausrüstung zu kompensieren.

Das schließlich erfolgreich hergestellte Menü, bestehend aus Gyros mit Zaziki, Gemüsereis und griechischem Salat sowie einer Puddingnachspeise, konnte die Erwartungen der zu verköstigenden Beamtinnen und Beamten jedoch über alle Erwartungen hinaus vollends erfüllen.

Zum Ende des Kochlehrgangs wurde noch eine Leistungsstandfeststellung in Form einer praktischen Prüfung durchgeführt. Die Aufgabe für die zukünftigen Einsatzköche war es, gemeinsam ein mehrgängiges Menü für 20 Personen zu erstellen und eigens zuzubereiten. Neben dem Ausbildungsteam nahm auch der Leiter der Technischen Einsatzinheit 39, Rai-

ner Witzel, an dem Abschlussessen teil. Selbstverständlich war auch PHK Guthmann mit von der Partie, der während des Lehrgangs die rechtlichen Hintergründe im Lebensmittelbereich übermittelte.

PHK Witzel händigte im Anschluss auch die Teilnahmebescheinigungen an alle Teilnehmer sowie ein kleines Erinnerungspräsent an den Hamburger Kollegen aus.

Der nun von den vier Beamten absolvierte vierwöchige Einsatzkochlehrgang gilt als notwendige Voraussetzung für die spätere Ausbildung an der Bundespolizeiakademie in Lübeck.

Erst mit Vollendung dieser zweiwöchigen Folgeausbildung ist ein Betreiben der mobilen Einsatzküche zulässig. ■

GdP

JÜRGEN STUMM IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

VOLKER FREIDING VERABSCHIEDET DEN PENSIONÄR VON SEINEN AUFGABEN

Am 31.05.2012 wurde der Leiter der Ermittlungsgruppe der Polizeistation Eltville, KHK Jürgen Stumm, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Zu einer kleinen Feierstunde hatte er seine Kolleginnen und Kollegen in seine Lieblingsweinstube nach Wiesbaden-Dotzheim geladen.

Zahlreiche Weggefährten aus Jürgens verschiedenen beruflichen Stationen waren gerne angereist.

Gekonnt wie eh und je verstand es der alte Fassenachter Jürgen Stumm dann, seinen beruflichen Werdegang in seiner unnachahmlichen Art zum Besten zu geben.

Auch die Laudatoren verabschiedeten ihn, begleitet von einer lustigen Diashow, mit eigens verfassten Büttensreden. Letztlich blieb kein Auge trocken und allen Anwesenden war klar, dass Jürgen eine große Lücke hinterlassen wird.

Mit Jürgen Stumm verlässt uns ein allzeit gut aufgelegter, fachlich äußerst kompetenter Kriminalist.



Volker Freiding (links) gratuliert Jürgen Stumm zum Ruhestand

Auch seine Kreisgruppe Rheingau wünscht ihm für seinen Ruhestand alles Gute. ■

Volker Freiding

Jeder braucht einmal Freunde und Helfer.

Wartenberg, Damke & Kollegen • Bahnhofstraße 55 – 57 • 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3 60 07 – 0 • Fax: 0611 3 60 07 – 129 • mail@rechtsanwaelte-wiesbaden.de

www.rechtsanwaelte-wiesbaden.de

UTE HEYER LEBT NICHT MEHR

AM 24. MAI 2012 VERLOR UNSERE KOLLEGIN UTE HEYER DEN KAMPF GEGEN IHRE SCHWERE KRANKHEIT.



Sie verstarb viel zu früh im Alter von 56 Jahren. In den späten siebziger Jahren,

genauer gesagt am 07.08.1978, war sie vom Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei kommandiert im Sachgebiet Verwaltung der damaligen I.HBPA (Mudra) in Mainz-Kastel tätig.

Als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei wollte sie auch die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich vertreten. Dies gelang ihr als dann freigestelltes Personalratsmitglied ab Juni 2001 bis zu ihrem vorzeitigen Renteneintritt mit Ablauf des Monats Oktober 2010.

Stets engagiert arbeitete sie dann hauptamtlich als stellvertretende Personalratsvorsitzende des Personalrates der HBP. Auch in der Kreisgruppe Mudra übernahm sie Verantwortung. Dort engagierte sie sich als Schriftführerin. In der

Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei hatte sie ebenfalls mehrere Funktionen inne.

Ihre Kolleginnen und Kollegen schätzten sie als aufrechten, fröhlichen und optimistischen Menschen, der gerne ein ansteekendes Lachen auf den Lippen trug. Für jeden hatte sie ein freundliches Wort.

Sie konnte sich aber auch lebhaft und stark engagieren, wenn sie Ungerechtigkeiten erkannte oder wenn sie merkte, dass ihre Hilfe gebraucht wurde.

In tiefem Mitgefühl trauern wir mit ihrem Ehemann Ralf und ihren Angehörigen. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

■
TM

RECHTLICHE INFOS DER GDP HESSEN

AUSLANDSVERWENDUNGSZUSCHLAG

Ein Anspruch auf Auslandsverwendungszuschlag besteht nicht für die Teilnahme an einem Lehrgang bei dem Einsatzkontingent einer Auslandsmission im Einsatzgebiet, der der Vorbereitung auf künftige Auslandseinsätze dient.

BVerwG, Urteil vom 24. Februar 2011
– 2 C 58.09

NOTWENDIGKEIT EINES BEM-VERFAHRENS

Ein betriebliches Eingliederungsmanagement nach § 84 Abs. 2 SGB IX (BEM) ist schon dann durchzuführen, wenn die krankheitsbedingten Fehlzeiten des Arbeitnehmers innerhalb eines Jahres insgesamt mehr als sechs Wochen betragen haben. Nicht erforderlich ist, dass es eine einzelne Krankheitsperiode von durchgängig mehr als sechs Wochen gab. Zwingende Voraussetzung für die Durchführung eines BEM ist das Einverständnis des Betroffenen. Dabei gehört zu einem regelkonformen Ersuchen des Arbeitgebers um Zustimmung des Arbeitnehmers die Belehrung nach § 84 Abs. 2 Satz 3 SGB

IX über die Ziele des BEM sowie über Art und Umfang der hierfür erhobenen und verwendeten Daten. Sie soll dem Arbeitnehmer die Entscheidung ermöglichen, ob er ihm zustimmt oder nicht. Stimmt der Arbeitnehmer trotz ordnungsgemäßer Aufklärung nicht zu, ist das Unterlassen eines BEM »kündigungsneutral«.

BAG, Urteil vom 24. März 2011 – 2
AZR 170/10 –

AUSSERDIENSTLICHE AKTIVITÄTEN FÜR NPD ALS KÜNDIGUNGSGRUND

Aktives Eintreten für eine verfassungsfeindliche Partei oder deren Jugendorganisation kann die personenbedingte Kündigung eines im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmers begründen. Das gilt auch dann, wenn die Partei nicht durch das BVerfG für verfassungswidrig erklärt worden ist. Hat allerdings der Arbeitgeber den Arbeitnehmer wegen politischer Betätigung abgemahnt, gibt er damit grundsätzlich zu erkennen, dass er die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses für zumutbar erachtet, wenn zukünftig verfassungsfeindliche Aktivitäten unterbleiben. Er kann eine spätere Kündigung deshalb nicht ausschließlich

auf Verhalten stützen, das schon seiner Abmahnung zugrunde lag. Die Anfechtung des Arbeitsvertrags wegen verfassungsfeindlicher Betätigung setzt voraus, dass der Arbeitnehmer eine ihm bei seiner Einstellung in den öffentlichen Dienst zulässigerweise gestellte Frage nach seiner Verfassungstreue bewusst falsch beantwortet oder relevante Umstände trotz bestehender Offenbarungspflicht verschwiegen hat. In Anwendung dieser Grundsätze hat der Zweite Senat des BAG die Entscheidung des LAG bestätigt, das sowohl die Anfechtung des Arbeitsvertrags als auch eine auf Aktivitäten für die NPD und deren Jugendorganisation (JN) gestützte Kündigung eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst für unwirksam erklärt hat. Der Kläger, der Mitglied der NPD ist, war seit 2003 beim beklagten Land in der Finanzverwaltung tätig. Er war zuständig für die Planung, Steuerung und Überwachung von Druckaufträgen. Vor Begründung des Arbeitsverhältnisses hatte er sich in einer Erklärung zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekannt und angegeben, er sei nicht Mitglied einer Organisation, die diese Grundordnung bekämpfe.

Nachdem das beklagte Land ihn im Oktober 2007 wegen verschiedener parteipolitischer Aktivitäten abgemahnt hatte, kündigte es das Arbeitsverhältnis im Mai 2008 mit der Begründung, der Kläger habe durch Teilnahme an einer von der NPD abgehaltenen Gedenkveranstaltung erneut seine politische Treuepflicht verletzt. Zudem focht es den Arbeitsvertrag wegen arglistiger Täuschung an. Die Anfechtung ist nicht berechtigt. Der Senat hatte aufgrund bindender Feststellungen des LAG davon auszugehen, dass sich der Kläger bei Abgabe seiner Erklärung eines Eignungsmangels nicht bewusst war. Auch ein Grund zur Kündigung liegt nicht vor.

Der Kläger hat jedenfalls nach seiner Abmahnung bis zum Zugang der Kün-

digung kein Verhalten gezeigt, das als aktives Bekämpfen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes angesehen werden kann. Ob die NPD und ihre Jugendorganisation als verfassungsfeindlich einzustufen sind und ob das abgemahnte Verhalten deutlich gemacht hat, dass der Kläger mögliche verfassungsfeindliche Ziele der NPD aktiv unterstützt, war nicht zu entscheiden.

BAG, Urteil vom 12. Mai 2011 – 2 AZR 479/09 –

ZUSTIMMUNGSVERWEIGERUNG BEI EINSTELLUNG

Mit der Begründung, die beabsichtigte Einstellung verstoße gegen Art. 33 Abs. 2 (Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung,

Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte), kann der Personalrat die Zustimmung wegen Verstoßes der Maßnahme gegen Rechtsvorschriften verweigern (§ 89 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HmbPersVG), wenn er unter Bezugnahme auf die Umstände des Einzelfalls erklärt, dass die Personalauswahl unter Missachtung des mit der Ausschreibung aufgestellten konstitutiven Anforderungsprofils erfolgt sei. Der Dienststelle steht kein Beurteilungsspielraum hinsichtlich der Frage zu, ob ein Bewerber um ein öffentliches Amt die von ihr in einer Ausschreibung aufgestellten objektiven Mindestanforderungen erfüllt.

Hamburgisches OVG, Beschluss vom 1. März 2011 – 8 Bf 206/10.PVL

■ MJ

TOTENKOPF AUF DEM 1-EURO-AUTO



Der Kleinbus mit Dresdener Kennzeichen, der am 20. Juni vergangenen Jahres am Straßenrand des Autobahnzubringers im Bereich Oberursel abgestellt war, ließ erst bei näherem Hinsehen Auffälligkeiten erkennen. Auf dem Kennzeichen war statt des üblichen Zulassungsstempel ein Totenkopf angebracht, offenbar ein Relikt aus einem Kinderstempelkasten. „Erst als ich näher als zwei Meter am Fahrzeug war, erkannte ich die Kennzeichenfälschung“, sagte der damals überprüfende Polizeibeamte nun im Bad Homburger Gericht. Dort war der Fahrzeugbesitzer aus Dresden wegen Urkundenfälschung und verkehrsrechtlichen Verstößen – fehlende Versicherung und fehlende Zulassung – angeklagt.

Die Besonderheiten am Fahrzeug setzten sich auch beim 49 Jahre alten Halter fort, an den die Bezeichnung „Krauter“ – laut Duden Sonderling – ein wenig erinnerte. Er sei selbständiger Bau-Unternehmer, lebe aber zur Zeit von Hartz 4, sagte er im Gericht. Den im Raum Oberursel abgestellten Bus habe er vor etlichen Wochen in Dresden zum Preis

von einem Euro gekauft. Das muss wohl ein besonderes Schnäppchen gewesen sein, denn laut Aussage seines mit ihm nach Bad Homburg gereisten „Kumpel“ habe das Fahrzeug bestimmt noch einen Wert von 1000 Euro gehabt. Aber das war nicht das primäre Thema in der Verhandlung. Denn dort ging es um den Wagen mit „Totenkopf-Kennzeichen“ und wer hierfür in Frage kam, da der Täter hiermit offenbar eine ordnungsgemäße Zulassung suggerieren wollte. Der angeklagte Fahrzeughalter bestritt die Kennzeichenveränderung.

Er sei überhaupt nicht in Oberursel gewesen, so seine Einlassung. Aber zwei Arbeiter seiner Firma hätten damals etwas in Frankfurt am Main zu erledigen gehabt. Die seien ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung mit dem Bus gefahren. Das bestätigte auch der „Kumpel“ des Angeklagten, der damals als dritter Mann im Wagen mit angereist war. Aber der kannte angeblich nicht die Namen der beiden anderen Männer.

Dennoch konnte der „Kumpel“ etwas zur Aufklärung beitragen. Seiner Schilderung zu Folge musste damals der Bus mit einem Motorschaden im Raum Oberursel abgestellt werden.

Damit aber niemand denke, das Fahrzeug könne dort ausgeschlachtet werden, habe einer der beiden Männer den Stempelpersatz – sprich Totenkopf – am Kennzeichen angebracht. Einige Tage später war der Bus wieder nach Dresden zurück geschleppt worden.

Die gegen den Fahrzeugbesitzer erfolgte Anklage konnte nach den Aussagen dieses Zeugen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Trotzdem kam der Angeklagte nicht ungerupft davon. Ihm wurde vom Staatsanwalt zum Vorwurf gemacht, dass er nach dem Kauf des 1-Euro-Busses nicht die daran befindlichen Kennzeichen entfernt habe. Das stelle ein Kennzeichenmissbrauch dar, der mit einer Geldstrafe von 800 Euro, errechnete aus 80 Tagessätzen zu je 10 Euro, zu ahnden sei.



Die Richterin übernahm diesen Antrag in ihrem Urteil, das von dem Angeklagten sofort akzeptiert wurde. Wie „klamm“ der Angeklagte und sein „Kumpel“ zur Zeit sind, zeigte sich nach der Verhandlung. Denn beide konnten die Bahnrückfahrt nach Dresden nicht zahlen. Dafür gab es dann Geld von der Gerichtskasse. Dennoch, die 800 Euro Strafe will der Verurteilte alsbald zahlen, sicherlich dann, wenn es witterungsbedingt wieder die „großen“ Bau-Aufträge gibt. ■

Heinz Habermehl

AUFSTAND DER ORDNUNGSHÜTER

ERINNERUNGEN AN DIE ZEIT, ALS DIE POLIZEI LAUFEN LERNT

Vor sechzig Jahren (1951) wurde die GdP Hessen gegründet. Vierzig Jahre ist es her, dass die hessische Polizei „laufen“ lernte, dass sie auf die Barrikaden gegangen ist (1970/71). Vor zwanzig Jahren (1991) wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, eine Auswirkung des Aufstandes der Ordnungshüter 1970/71.

Wie sah die Situation damals aus?

Befehl und Gehorsam, das war es, was die Polizei in ihrer Ausbildung nach dem Krieg gelernt und verinnerlicht hat. Es war die Fortsetzung einer Denkweise aus absolutistischer Zeit, nicht nur aus der Zeit der Nazidiktatur. Noch bis Anfang der 70er-Jahre war die Ausbildung der Polizei bei der Bereitschaftspolizei eher militärisch als auf den Einzeldienst bezogen. Da herrschte Befehl und Gehorsam. Da wurde am US-Karabiner und am FN-Gewehr ausgebildet. Es gab die ziemlich unsichere zu handhabende Maschinenpistole Beretta und erst 1964 wurden die Maschinengewehre in den Waffenkammern der Bereitschaftspolizei eingemottet, weil die Polizei keinen Kombattantenstatus hatte, also keine militärischen Waffen verwenden durfte. Mit dieser Ausbildung wurden junge Leute dann auf die Menschheit losgelassen. Sie trafen im Einzeldienst fast durchweg auf ältere Polizeibeamte (Polizeibeamtinnen gab es nicht), die im Zweiten Weltkrieg gewesen waren, die in der Zeit der Nazidiktatur schon Polizeibeamte waren und denen Befehl und Gehorsam noch im Blut steckte. So war zum Teil auch der Umgangston. Es herrschte Hierarchie. Wer befördert werden wollte, um mehr Geld zu verdienen, musste nicht nur seine polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erledigen, er musste diesen Herren auch gefallen. Eine Beförderung hing nämlich von einer Beurteilung ab. Beurteilt haben aber immer nur Vorgesetzte. Da war es nicht verwunderlich, dass oft genug „Schleimer“ (den anderen Ausdruck will ich mir hier verkneifen) wie es damals hieß, nach oben kamen.

DIE JUGEND DEMONSTRIERT FÜR MEHR DEMOKRATIE

Das führte im Laufe der Jahre zu ganz bestimmten Konflikten. Das lag zum ei-



nen daran, dass die jungen Leute in der Schule Geschichts- und Sozialkundeunterricht hatten und dass sie die mehr oder weniger herrschende Demokratie wirklich als „Macht des Volkes“ verstanden. Das zeigte sich in seinen Auswüchsen in den 60er-Jahren durch die Anti-Vietnam-Demonstrationen und Hausbesetzungen, durch die Studentenproteste der 68er-Bewegung (Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren) und in den 70er-Jahren auch durch den Terror der so genannten „Baader-Meinhof-Bande“, die nicht davor zurückschreckte, Männer aus Industrie und Politik aber auch Polizeibeamte, Wachleute und Chauffeure der Industriekapitäne zu ermorden.

Hier traf die Denkweise der jungen Schutzleute mit der Denkweise der oft gleichaltrigen Studenten zusammen. Nicht selten hatten beide Gruppen die gleiche Denkweise. Und doch musste die Polizei bei Demonstrationen gegen die Studenten vorgehen, musste Versammlungen und Aufzüge der Neo-Nazi (NPD) schützen, auch wenn die Polizisten oft mehr mit den Studenten und Hausbesetzern sympathisierten. Polizisten hatten für Recht und Ordnung zu sorgen, hatten die öffentliche Sicherheit vor diesem studentischen Mob und den Baader-Meinhof-Verbrechern zu schützen.

Was Recht und Ordnung war, das bestimmte die Politik, die herrschende Klasse. Das waren aber nicht die Politiker, das waren die Industriebarone mit ihrer Wirtschaftsvereinigung. Deren Lobbyisten hatten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und mehr Macht als die Gewerkschaften. Wie sagte ein Kabarettist: „Politiker glauben, sie seien an der Macht – sie sind an der Regierung“.

WENIGER POLIZISTEN – MEHR FRUST

Jetzt kam noch hinzu, dass die Zahl der Polizisten nicht mit der steigenden Zahl der Automobile und der damit zusammenhängenden Zahl der Verkehrsunfälle standhalten konnte, dass die steigende Zahl der Kriminalität oft auf unzulänglich ausgebildete Polizisten traf. Dass die Polizei unzureichend ausgerüstet war, dass überall neu gebaut wurde, die Polizei aber in den alten städtischen und staatlichen Gebäuden unzulänglich untergebracht war. Dazu kam auch noch, dass die Polizei schlecht bezahlt wurde, dass die Belastung durch vermehrte Großeinsätze und steigende Überstundenzahlen zu immer mehr Frust führten.

AUFSTAND DER ORDNUNGSHÜTER

Das alles ist die Vorgeschichte, die im Herbst 1970 dazu führte, dass die Polizei in Hessen endlich aufmuckte, ihre Probleme in großen Versammlungen und bei Demonstrationen (6000 Polizisten waren bei einer Demo in Frankfurt) in die Öffentlichkeit trug. Das mündete in die „Initiativausschüsse“, zusammengesetzt aus den Bereichen der staatlichen und kommunalen Polizei, aus Mitgliedern der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV, der GdP und des BDK. Bekannt wurde dieses Aufbegehren unter dem Schlagwort „Aufstand der Ordnungshüter“. Das war auch der Titel eines Buches, veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuchverlag, das versuchte, die damalige Situation zu analysieren und aufzuarbeiten. Daran beteiligt waren Polizeibeamte und Wissenschaftler der Universität Bremen.

Aus Südhessen wirkte Horst Mün-scher mit, der damalige Vorsitzende der

Bezirksgruppe Darmstadt in der GdP. Man muss die Meinung der Verfasser dieses Buches nicht unbedingt teilen, da es oft den Eindruck erweckt, klassenkämpferisch zu sein. Eines war aber auch damals schon deutlich. Gesetze wurden von der herrschenden Klasse gemacht. Herrscher waren die Leute, die das Geld hatten. Eine Statistik aus dieser Zeit sagt, dass 1,74 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des Betriebsvermögens verfügen. Das heißt, dass nicht nur heute die Schere von Kapital und Armut auseinander geht, sondern dass damals schon 98,26 Prozent der Haushalte nur über 26 Prozent des Betriebsvermögens verfügten.

SICHERHEIT DURCH RECHT UND ORDNUNG

So war es kein Wunder, dass Parteien Wahlwerbung machten mit dem Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ und dass sie damit Erfolg hatten. Auch das haben die Wissenschaftler damals herausgefunden, dass sich der größte Teil der Polizei politisch interessiert zeigte, der größte Teil der Bevölkerung aber eher nicht. Die abhängig Beschäftigten waren zufrieden, wenn sie hin und wieder mehr Geld bekamen, wenn sie am „Wirtschaftswunder“ teilhaben konnten, sonst aber in Ruhe gelassen wurden. Da Polizisten aber politisch dachten, fiel ihnen auf, dass einiges mit dieser Gesellschaft und auch mit der Situation der Polizei nicht stimmte. Die Arbeit nahm zu, die Belastung und damit auch der Frust. Es war ein Hohn, dass die Politiker der Polizei für ihre Überstunden bei einem Großeinsatz pro Stunde 45 Pfennige anboten.

MIT BEI DEN INITIATIVAUSSCHÜSSEN

Als junger Polizeibeamter, Eintritt 1964, damals 26 Jahre alt, habe ich diese Geschichte hautnah miterlebt. Auch wenn an dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ fast nur Kollegen aus Nordhessen mitgewirkt haben, der Schwerpunkt des Aufstands lag in Südhessen. In Wiesbaden und Frankfurt waren die Massendemonstrationen. In der Riedhalle, die eigentlich nur 700 Leute fasst, waren 1500 Polizeibeschäftigte, nicht nur aus Südhessen, zusammen gekommen, um Politikern ihren Unmut deutlich zu machen. Da wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Best (die SPD war an der Regierung) unter Beschuss genommen. Da bekam der

CDU-Landtagsabgeordnete Milde (später Innenminister) Beifall, weil er sich hinter die Forderungen der Initiativausschüsse stellte und sie aufforderte, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, auch Heinz Herbert Karry (FDP), später ebenfalls Minister, stand auf Seiten der Polizei. Oswald Hodes, damals noch Bezirksvorsitzender der Polizei in der ÖTV, später Landesvorsitzender der GdP, sprach sich für eine einheitliche Polizeigewerkschaft in der GdP aus. Das kam später. Da wirkten Männer mit wie Werner Larem, Manfred Meise, Wilfried Panteleit und auch ich. Das ist aber eine andere Geschichte.

Zur Zeit der Initiativausschüsse wurde nicht nur die Forderung nach besserer Bezahlung, besserer Ausbildung und besserer Unterbringung laut, es ging auch darum, dass die Polizei mit besserer Ausbildung weg wollte vom Image des „Büttels“. Man wollte „das Bild des eigenverantwortlich handelnden, die Bürgerrechte schützenden und die innere Sicherheit gewährleistenden Polizeibeamten zeichnen. Dieses Ziel konnte nur über die Qualifizierung und entsprechende Bewertung des Polizeiberufs erlangt werden, also über die zweigeteilte Laufbahn“, sagte 30 Jahre später der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

Nicht umsonst propagierten die Gewerkschaften den Begriff „Freund und Helfer“. Sozialarbeiter konnten die Polizisten zwar nicht sein, sie mussten aber immer wieder in Notfällen helfen, egal ob bei Verkehrsunfällen, handgreiflichen Auseinandersetzungen in Gasthäusern oder Familien, wenn Erwachsene oder Kinder vermisst wurden oder auch, wenn eine Katze von einem Baum geholt werden musste, weil sie sich alleine nicht mehr herunter traute.

DEM DRUCK STANDGEHALTEN

Zu dieser Zeit kam auch erstmals die Forderung nach einer „zweigeteilten Laufbahn“ auf, für die die GdP zwanzig Jahre stritt, bis sie von allen Landtagsfraktionen in ein Gesetz umgemünzt wurde. Damals herrschte aber auch noch der eingangs erwähnte Begriff von „Befehl und Gehorsam“ oder, anders ausgedrückt, von „Zucht und Ordnung“. Den Vorgesetzten der Polizei waren die Initiativausschüsse nämlich ein Dorn im Auge. So kam es auch vor, dass allzu aufmüpfige Kollegen sozusagen „strafversetzt“ wurden. Die Masse der Kollegen hat dem Druck von oben aber standgehalten. Ich will hier nur

ein Beispiel erzählen, das die Sache verdeutlicht.

Bei einer gut besuchten Versammlung von Polizeibeschäftigten, nahmen viele Beamte/innen kein Blatt vor den Mund und erzählten, wo sie der Schuh drückt. Auch Stationsleiter waren darunter. Alle aber standen unter Druck „von oben“. Das äußerte sich anderntags so, dass der zuständige Polizeidirektor, es war ein kleiner Mann, beim Regierungspräsidium Darmstadt von diesen Polizeiführern eine Stellungnahme forderte. Da ging einigen der Herren „die Muffe“, wie man volkstümlich sagt. Sie fragten mich, da ich einer der „Rädelsführer“ war, damals noch in der ÖTV, was sie machen sollten. Chef der Polizei war aber nominell der Landrat. So rief ich Dr. Lothar Bergmann an und schilderte ihm die Lage. Kein Problem, meinte er, ich bin der Chef, alle berichten mir und ich berichte ordnungsgemäß dem Regierungspräsidenten. Damit war die Sache vom Tisch.

POLIZEI IST FÜR DIE MENSCHEN DA

Der Druck von oben war groß. Demokratie gab es zwar in der Gesellschaft, nicht aber bei der Polizei. Genau das aber war es, was die Polizeibeschäftigten wollten, mehr Mitspracherechte, mehr Demokratie. Heute sind wir eine Polizei mit Selbstwertgefühl, wir sind eine „Sicherheits-AG“, die sich um den Schutz der Bevölkerung bemüht. Wir sind gut ausgebildet und gut bezahlt. CDU und FDP haben uns zwar fast alle Mitbestimmungsrechte genommen und der Frust in der Belegschaft ist groß, wir geben aber nicht auf. Wir kämpfen weiter. Eine Gewerkschaft kann beginnen, aufhören kann sie nie. Und wenn die regierenden hessischen Politiker nicht begreifen wollen, wie es der Polizei geht, dann gibt es vielleicht in naher Zukunft wieder einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

■ NW



START-ZIEL-SIEGER BEIM 10. GDP-DOPPELKOPFTURNIER DER KG LIMBURG-WEILBURG

16 BEGEISTERTE DOPPELKOPFSPIELERINNEN UND -SPIELER KÄMPFTEN UM POKAL UND GELDPREISE

Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg richtete am 26. April ihr zehntes Doppelkopfturnier aus. In der Freiherr-vom-Stein Kaserne besetzten wieder 16 begeisterte Doppelkopfspielerinnen und -spieler vier Tische und machten sich auf die Jagd nach Punkten, Siegerpokal und Geldpreis

Vier Tische, zwei Runden mit jeweils 24 Spielen und fünf Stunden hoch konzentriertes Kartenspielen. Dazu auch dieses Mal wieder wenige Diskussionen über die Regelauslegungen – so konnte mit der Auslosung für die erste Runde das zehnte Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Limburg-Weilburg beginnen.

Unser stellvertretender Vorsitzender Lothar Hölzgen begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und versäumte es auch nicht, kurz auf die bevorstehenden Personalratswahlen einzugehen.

Das Turnier hat sich bereits im gesamten Präsidiumsbereich herumgesprochen, nicht zuletzt wegen der aushängenden Plakate sowie der Mundpropaganda der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, so dass sich Doppelkopfbegeisterte aus dem gesamten Präsidium trafen.

Auch dieses Mal war das Turnier perfekt vorbereitet, Karten sowie der dringend benötigte Traubenzucker standen zur Verfügung, von der Bundeswehr wurde ein gemütlicher Tagungsraum zur Verfügung gestellt.

So konnte in die erste Runde gestartet werden. Heiße Diskussionen über Spielverläufe, Analysen über gewonnene und verlorene Spiele und vor allem die Soli beherrschten die doch sehr entspannte Atmosphäre.

Nach der ersten Runde kristallisierten sich bereits die Favoriten auf den Turniersieg heraus.

So führte zu diesem Zeitpunkt bereits Peter Kraus mit 33 Punkten vor Klaudia Groß mit 31 Punkten sowie Rachid Bouarroudj und Lothar Hölzgen mit jeweils 29 Punkten.

In diese Phalanx konnte auch der Sieger des Vorjahres – Jürgen Wolf sowie der Vorjahreszweite Rainer Becker – trotz dessen im allerletzten Spiel der ersten Runde gewonnenen Pflichtsolos nicht mehr eindringen – es reichte bei beiden noch nicht mal für einen positiven Punktestand nach dieser Runde.

Insgesamt erreichten die Spieler Wertungen zwischen + 33 und – 33 Punkten.

Nach erneutem Tausch der Tische und Mitspielern wurde dann die zweite Runde eingeläutet. Ein Fremder hätte sich sicher gewundert, dass es bei solch freundlicher Atmosphäre doch so viele geäußerte „Vorbehalte“ gibt – gemeint war damit jedoch einfach nur ein kleiner Zeitaufschub zum



Die Sieger des diesjährigen Doppelkopfturniers v. l. Franz-Josef Werner, Peter Kraus, Kerstin Klein und Lothar Hölzgen

Überprüfen der Karten nach dem Aufheben – vielleicht lässt sich ja doch noch irgendwie ein Solo „basteln“.

In dieser Runde wurde dann auch von Franz-Josef Werner die stärkste Runde des gesamten Turniers gespielt. Mit 56 Punkten aus dieser Runde katapultierte er sich vom 14. Platz nach der ersten Runde noch auf den dritten Platz in der Gesamtwertung. Neben der Urkunde erhielt er auch noch 15 Euro



Pokal, Geldpreise und ein Blumenstrauß für die spätere „Mitsiegerin“



Schiffchen

wenn's um die Wurst geht.



EMI Schiffchen und Hauben fürs Fleischerhandwerk sind hygienisch, umweltfreundlich und attraktiv.



Fordern Sie bitte unseren ausführlichen Katalog an, telefonisch oder per Fax.

Papierwarenfabrik
ERICH MICHAEL GmbH & Co. KG.
65205 Wiesbaden
Hundsgasse 3-5
Tel. 0611/711273
www.erich-michael.de



als Gewinn – die jedoch noch an dem Abend verflüssigt worden sein sollen.

Lothar Hölzgen erreichte ebenfalls in der zweiten Runde ein positives Ergebnis. Mit den hier erspielten 12 Punkten konnte er sich den zweiten Platz und somit den Geldpreis von 30 Euro sichern.

Den Sieg in diesem Jahr ließ sich Peter Kraus jedoch nicht mehr nehmen. Mit nun erspielten 16 Punkten erreichte er insgesamt 49 Punkte und siegte somit mit 8 Punkten Vorsprung.

Neben dem Siegerpokal konnte er sich noch über 50 Euro Geldpreis freuen.

Kerstin Klein konnte sich noch nach einer völlig missglückten ersten Runde, bei der sie zeitweise unter „Farbenblindheit“

litt, noch über eine starke zweite Runde mit 30 Punkten freuen. Damit machte sie Klaudia Groß noch den Titel der erfolgreichsten Frau bei diesem Turnier streitig und konnte einen schönen Blumenstrauß in Empfang nehmen.

ERGEBNISSE

1. Peter Kraus:	49 Punkte
2. Lothar Hölzgen	41 Punkte
3. Franz-Josef Werner	27 Punkte
	Rainer Becker ■

WILLI LENTGE IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

RÜCKBLICK AUF DIE VERABSCHIEDUNG



Willi Lentge (links) und Bernd Petri

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde hat der Personalrat des PTLV sein langjähriges Mitglied Willi Lentge in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Willi begann seine Ausbildung bei der hessischen Polizei im Oktober 1971 und im November folgte der Eintritt in die GdP.

Seit 1975 versah er seinen Dienst bei ein und derselben Dienststelle, auch wenn diese mehrfach ihren Namen wechselte (Fernmeldeleitstelle, Hessisches Polizeiverkehrsamt und PTLV).

In dieser Zeit war Willi auch gewerkschaftlich sehr aktiv. Vom Schriftführer,

über Kassierer bis hin zum 2. Vorsitzenden seiner KG war er für seine GdP aktiv.

Den Personalrat des PTLV hat er als stellvertretender Vorsitzender, bis zu seiner Pensionierung mit Rat und Tat unterstützt.

Auch sein trockener Humor trug zu der ein oder anderen Belustigung bei. So erinnere ich mich an eine Sitzung, in der er freudestrahlend verkündete, dass es jetzt gelungen sei, die Sitzungsgelder für den Personalrat auch an Tarifbeschäftigte auszuzahlen. Nach dem er sich die darauf folgende hitzige Diskussion eine zeitlang schmunzelnd angehört hatte, klärte er das Gremium auf.

Der Verlauf der Sitzung war ihm zu „trocken“ und auf diese Art und Weise wollte er etwas Stimmung in die Sitzung bringen, selbstverständlich würden keine Sitzungsgelder gezahlt.

Aber auch mit konstruktiver Kritik hat Willi zu Entscheidungen des Personalrats beigetragen, die sich im Nachhinein als richtig herausstellten.

Der Personalrat und die Kreisgruppe PTLV der GdP wünschen Willi Lentge alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt. ■

bp



E - Erfolgsvermeider

Der "Erfolgsvermeider" schafft es mit schöner Regelmäßigkeit, auch das todsicherste Geschäft noch in den Sand zu setzen.

Auch als „Vollblutversager“ bekannt.

Büro schimpfwörter

Mitleid bekommt man
geschenkt,
Neid muss
man sich verdienen.

Robert Lemke

Sprücheklöpfer

Was guckst
Du???



„Ich habe gerade 2
Minuten Zeit.
Sagen Sie mir alles was
Sie wissen.“

Hart aber ehrlich

- Füllt die freien Kästchen mit den Zahlen 1 bis 9
- Jede Zahl darf in jeder Zeile und in jeder Spalte nur einmal vorkommen
- Auch in jedes der 3x3-Felder dürft Ihr die Zahlen nur jeweils einmal eintragen

7		4	1				8	
	8				9	6		
1			5		4		9	7
5		9	8			4		
	4		9		6		7	
		7			1	9		5
4	5		3		8			9
		8	6				1	
	3				7	8		4

Sudoku

Frau zu Ihrem Ehemann:
„Schatz,
wollen wir uns nicht mal
wieder ein richtig schönes
Wochenende machen?“

Er:
„Okay...bis Montag!“

Bitte lächeln!



Y	B	X	R	B	K	G	D	P	Y	R
A	E	W	Q	V	N	O	H	T	H	O
N	R	R	P	J	E	W	S	X	E	K
B	E	V	E	D	D	S	R	L	D	T
F	I	S	R	S	R	D	F	K	F	O
U	T	R	S	Y	E	W	F	M	G	P
I	S	J	O	E	O	Q	I	O	T	I
A	C	K	N	L	H	Z	P	H	B	L
N	H	N	A	L	E	T	K	R	U	Q
L	A	L	L	P	B	U	S	H	J	A
P	F	U	R	R	L	R	J	E	N	P
Y	T	O	A	E	A	G	H	R	W	E
C	S	P	T	E	R	J	L	R	I	N
L	P	M	S	D	T	B	S	Z	K	I
P	O	F	W	H	N	V	E	O	L	M
V	L	T	A	G	E	K	C	P	E	M
H	I	F	H	O	Z	M	H	L	K	A
O	Z	E	L	A	I	S	Z	K	N	A
G	E	R	E	I	R	E	I	H	T	W
S	I	A	N	P	T	R	G	R	Z	W

Ausgabe März 2012

2	4	1	8	3	9	5	6	7
9	7	5	2	6	4	1	3	8
6	3	8	1	5	7	9	4	2
7	8	3	4	1	5	2	9	6
4	1	9	6	2	3	7	8	5
5	2	6	7	9	8	4	1	3
1	9	2	3	7	6	8	5	4
8	6	7	5	4	1	3	2	9
3	5	4	9	8	2	6	7	1

Ausgabe Dezember 2011

Λυσινγματελ

Ausgabe Juni 2011

4	7	1	6	9	3	5	2	8
2	8	6	7	5	4	9	1	3
9	5	3	8	2	1	6	7	4
7	3	5	2	4	6	8	9	1
1	2	4	9	3	8	7	6	5
8	6	9	5	1	7	3	4	2
5	4	7	3	6	2	1	8	9
6	9	2	1	8	5	4	3	7
3	1	8	4	7	9	2	5	6

Ausgabe September 2011

20	B	31	S	45/27	36	O	44/19	X	6	M	25/13	30
8	R	E	C	H	T	S	S	C	H	U	T	Z
B	U	C	H	E	33/47	W	O	34	P	E	L	E
40	C	K	L	38	O	A	L	11/14	A	H	16	U
29	H	E	U	C	H	L	E	R	17	L	P	G
12	M	10	M	41	O	D	I	E	15/18	H	S	E
H	U	M	P	F	7	46	42	R	H	E	I	N
S	E	N	F	24	I	M	5	32	I	I	35	39
L	37	3	R	23	U	R	O	28	M	A	T	
A	L	L	E	E	1/4	D	A	T	E	9	U	S
G	E	R	N	H	A	R	D	T	21	I	C	E
2	R	M	26	A	N	A	L	O	G	U	H	R
Lösungswort:												
P	O	L	I	Z	E	I	R	E	P	O	R	T